

2008/2009

Frauen – Männer – Gender

Frauenpolitik & Genderpolitik
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Frauen – Männer – Gender

Frauenpolitik & Genderpolitik
in der Friedrich-Ebert-Stiftung
2008 / 2009

ISBN 978-3-86872-096-9

Impressum

Herausgeber

Albrecht Koschützke
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation & Grundsatzfragen
53170 Bonn

Redaktion

Renate Faerber-Husemann

Redaktionelle Mitarbeit:

Yasemir Ahi, Astrid Becker, Kristina Birke, Dr. Svenja Blanke,
Juliane Braun, Stefan Chrobot, Oliver Dalichau, Katrin Dapp,
Aleksandër Dhima, Helmut Elischer, Alina Fuchs, Petra Giertz,
Dr. Erik Gurgsdies, Frank Hantke, Peter Häussler, Ralf Hexel,
Dr. Anja Kruke, Helmut Kurth, Nora Langenbacher, Wulf Lapins,
Dr. Irina Mohr, Kerstin Ott, Yesko Quiroga, Jochen Reeh-Schall,
Astrid Ritter-Weil, Severin Schmidt, Regine Schoch,
Anne Seyfferth, Dr. Barbara Stiegler, Anja Wehler-Schöck,
Carsten Werner, Anna Wolf

Fotos

Archiv der sozialen Demokratie/FES, dpa Picture Alliance,
Friedrich-Ebert-Stiftung, ILO, PhotoAlto, Zensen

Gestaltung:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Herstellung:

Katja Ulanowski

Druck:

Bonifatius GmbH, Paderborn

Printed in Germany 2009

„Bedingt zuversichtlich“

Gespräch mit Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung



Seit 60 Jahren sagt das Grundgesetz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Sind sie das wirklich in allen Bereichen?

Im Alltag immer noch nicht. Also, wir haben eine Menge erreicht auf sozialpolitischem Gebiet, mit der Quote, bei Bildung und Ausbildung. Aber der Alltag sieht so aus, dass der Kampf um Gleichheit am Arbeitsplatz und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor nicht geregelt und nicht organisiert ist.

Ich möchte Sie bitten, einen Sprung zurück in Ihre eigene Vergangenheit zu tun. Sie waren eine junge Juristin, als Sie heirateten und zwei Kinder bekamen. Und Sie haben voll gearbeitet. War das schwierig?

Mein Schwiegervater schrieb mir bei der Geburt des zweiten Kindes, nun müsse ja wohl der Beruf zurückstehen. Und meine Mutter beschimpfte meinen Mann und sagte: Du schickst meine Anke zur Arbeit. Mein Mann und ich wollten beide, dass ich weiterhin berufstätig war. Ich habe am Anfang mehr als die Hälfte meines Gehaltes für Kinderbetreuung ausgegeben. Nun habe ich natürlich auch einen spannenden Beruf gehabt, habe gut verdient, das ist natürlich etwas anderes, als wenn ich irgendwo als Teilzeitbeschäftigte gesessen hätte.

Mütter wie Sie wurden damals als Rabenmütter beschimpft?

Da muss ich an eine kleine Geschichte denken. Wenn wir eingeladen waren zum Kaffeetrinken irgendwo, dann gab es Torte und meine Kinder aßen Torte in Massen, weil sie das zu Hause nicht bekamen. Diese Mahlzeit gab es nicht. Ach, die armen Kinder einer berufstätigen Frau, hieß es dann.

Sie waren nicht nur voll berufstätig, sondern arbeiteten auch in einer reinen Männerwelt, im Vorstand der IG Metall?

Die Zeit bei der IG Metall war meine lehrreichste, aber auch schwierigste. Es war so schwierig, dass ich manchmal dachte, ich halte das nicht durch. Warum? Ich war gerade 30 Jahre alt, mit einem Beamten verheiratet, mit zwei kleinen Kindern. Und die Männer über 50 fragten sich alle, was will diese junge Frau hier? Die soll sich doch um ihre Kinder kümmern. Das Ziel der Arbeiterbewegung war ja, dass der Mann so viel verdient, dass seine Frau zu Hause bei den Kindern bleiben kann. Wir haben das damals erreicht, haben die Leichtlohngruppen abgeschafft. Aber die Frauen wollten trotzdem nicht zu Hause bleiben. Wollten ihr eigenes Geld verdienen, auch die, die nur wenig verdienten. Das war für die Männer schwierig zu begreifen.

*Immer noch kann von
gleichem Lohn für gleiche
Arbeit keine Rede sein....*

Es gibt ja diese hübschen Beispiele, dass Mann und Frau am Fließband nebeneinander stehen und die Frau verdient weniger als der Mann. Warum? Sie packen beide Fernseher ein, aber der Mann packt den Farbfernseher ein und die Frau den Schwarz-Weiß-Fernseher und deswegen verdient sie weniger. Das hat es alles gegeben. Und das gibt es heute noch. Auch weil keiner fragt: Was verdienst du, Kollege? Das ist ja alles zur Geheimwissenschaft geworden. Und die mangelnde Transparenz und Offenheit führen eben dazu, dass wir wieder in alte Strukturen zurückgefallen sind. Man sieht das im Pflegebereich. Vor 30 Jahren hat die ÖTV bessere Tarife für Krankenschwestern und Pfleger durchgesetzt. Wir dachten, damit sei das Thema Arbeit für ein „Vergelt's Gott“ erledigt. Nun ist alles wieder weggerutscht. Es ist an der Zeit, zu definieren, was will eine Gesellschaft für Pflege ausgeben. Wir brauchen Geld, um die pflegenden Berufe besser zu bezahlen.

*Die Quote hat die Frauen in der
SPD nach vorne gebracht.
Was halten Sie denn von Quoten
in der Privatwirtschaft, zumindest
in Aufsichtsräten?*

Ich war zuerst dagegen. Weil wir Frauen uns damals schon durchgeboxt hatten, dachte ich, wir kriegen das auch ohne Quote hin. Ich war ja damals Bundesgeschäftsführerin der SPD. Aber die Quote ist eine Erfolgsgeschichte, weil die Männer sich daran gewöhnen mussten, mit Frauen auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten. Und wir Frauen, die wir ja immer Alibi-Frauen waren, wurden jetzt zur „Quotilde“, aber das hat alles ganz gut geklappt. Ich bin für die Quote in der Privatwirtschaft, denn wir kommen sonst nicht weiter in der privaten Wirtschaft und den sonstigen gesellschaftlichen Gruppen. Ich bin dafür, dass wir den Kampf aufnehmen.

*Ein anderes unter Frauen heiß
diskutiertes Thema ist das
Ehegattensplitting. Kinderlose
Hausfrauenehen profitieren
am meisten. Sind Sie dafür,
diesen alten Zopf endlich
abzuschneiden?*

Nein. Mein alter Vorschlag lautet: Nehmt doch das Geld, das der Verdienener, also in aller Regel der Mann, spart, und steckt es in eine Altersversorgung der Frau. Solche Modelle könnte man überlegen. Es ist ein Angstthema, gehört zu den Themen, von denen man in Wahlkämpfen besser die Finger lässt. Obwohl es natürlich die Frauen polarisiert wie kaum ein anderes, ich bleibe bei meinem Nein, wir schaffen das nicht.

Anke Fuchs als Ministerin
neben dem Bundeskanzler auf der
Regierungsbank, April 1982





Anke Fuchs mit Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder und Dr. Roland Schmidt bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Und wie. Es lässt mich verzweifeln und es macht mich auch wütend. Ich glaube aber, neue Modelle der Erwerbstätigkeit werden wir nur hinbekommen, wenn der Arbeitsmarkt das verlangt. Ich erinnere mich noch gut an die Zeiten, in denen die Unternehmen Frauen mit dem Bus zu Hause abgeholt haben und auch wieder nach Hause gebracht wurden, weil man sie gebraucht hat. Die heutige Situation macht mich verzweifelt, weil die Frauen wieder im Alter die geringeren Renten haben werden mit der Folge Altersarmut. Auf der anderen Seite verstehe ich auch, dass die Arbeitswelt, so wie sie heute organisiert ist, so stressig ist, so arbeitsdicht geworden ist, dass Frauen in Vollzeitarbeit auch ihre Kinder nicht mehr richtig betreuen können und sie wollen ja mit ihren Kindern auch leben! Man müsste sagen können: So lange die Kinder klein sind, darf ich Teilzeit arbeiten, aber nur begrenzt und nach fünf Jahren wieder hinein in den vollen Beruf. Heute ist Teilzeitarbeit eine Sackgasse.

Ich bin stolz darauf, wie intensiv die Friedrich-Ebert-Stiftung sich des Themas annimmt. Vier Abteilungen werden inzwischen von Frauen geleitet. Es gibt eine sehr lebhaftes „Koordination Frauenpolitik, Genderpolitik“ und das eigene Haus wird geschult in der Anwendung von Gender Mainstreaming. Aber weit darüber hinaus: Wenn ich sehe, was wir erkämpft haben, dann habe ich einen optimistischen Blick. Wenn ich den Alltag von heute sehe, dann müssen wir hoffen, dass nach der Finanzkrise auch die Arbeitswelt sich ändert und wir wiederum endlich über Arbeitszeitverkürzungen reden, über Humanisierung des Arbeitslebens, über Pausen am Fließband, über mehr Urlaub, wenn Kinder krank sind. Aber dazu müssten die Frauen bereit sein, auf die Barrikaden zu gehen, in die Gewerkschaften einzutreten. Es ist ja ein Zeichen der Hoffnung, dass Gewerkschaften wieder gefragt sind. Mein Blick auf die Zukunft lässt sich umschreiben mit: bedingt zuversichtlich.

Die am besten ausgebildete Frauengeneration, die wir je hatten, hat bis zum Ende von Studium oder Ausbildung die Nase vorn. Und wenn diese jungen Frauen dann Kinder bekommen, landen sie wieder beim alten Modell: „Kinder, Küche, Halbtagsjob“. Lässt Sie das manchmal verzweifeln?

Wie sieht beim Blick zurück auf Ihr langes politisches und berufliches Leben die Frauen- und Gender-Bilanz aus?



„Bedingt zuversichtlich“ Gespräch mit <i>Anke Fuchs</i> , Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung	3
---	---

Editorial 8

Soziale Demokratie ist Geschlechter-Demokratie	8
„Ich bin ein Stück Sozialdemokratie“ – Zum Tode von <i>Annemarie Renger</i>	15
„So würde ich noch einmal leben!“ – Zum Tode von <i>Susanne Miller</i>	16
<i>Barbara Stiegler</i> : Die internationale Frauenbewegung hat sich nicht geirrt!	18
„Veränderungen in den Köpfen dauern immer lange“ <i>Dr. Christine Bergmann</i> im Gespräch	20
Von Emma zu Alpha? Feminismus im Wandel	23
<i>Sabine Hark</i> : Emmas zerstrittene Töchter	24
Antwortbrief der „Alphamädchen“ <i>Susanne Klingner</i> und <i>Barbara Streidl</i>	26
Arbeit, Alter, Armut?	27
Politik braucht Frauen – Mit der Quote am Ziel?	27

Soziale Demokratie 28

„Von nichts kommt nichts!“ – Hans-Jochen Vogel zum Quotenbeschluss	28
Internationaler Frauentag in Berlin: Rechte Frauen so extremistisch wie Männer	30
<i>Juliane Braun</i> : Widerstand ist möglich – Junge Frauen gegen Rechts	31
Berlin: Kopftuchverbot versus Teilhabe muslimischer Frauen?	32
Mecklenburg-Vorpommern: Kein Land zum Hierbleiben?	32
Brandenburg: FrauenStärken leben	32
Würzburg: „Frauenpolitik ist einfach out!“	33
Magdeburg: Ist die Idee der geschlechtsneutralen Erziehung gescheitert?	33

Politik und Gewerkschaften 34

„Da ist noch eine Menge zu tun...“ – Gespräch mit <i>Claudia Menne</i> , DGB	34
Girls' Day 2008 in Bonn <i>Katharina Oerder</i> : „Wir können doch alles werden was wir wollen“	37
Care-Arbeit oder Was ein vorsorgender Sozialstaat tun muss, damit Männer und Frauen im Alter gut leben können	38
Erfahrungen aus Mexiko: Gewerkschaften: attraktiver durch Genderarbeit	40
Berlin: Mehr Chancen für Frauen in der Privatwirtschaft	42
Managerkreis NRW: Chancen selbstbewusst nutzen	42
Brüssel: Frauen, Karriere und gläserne Decke	42
Ukraine: Traditionelle Geschlechterstereotypen	43
Südosteuropa: Viele kleine Schritte zur Selbsthilfe	44

Globalisierung sozial gestalten	46
„Die Frauen wollen mitreden“ – Gespräch mit <i>Herta Däubler-Gmelin</i> , MdB	46
Gender auf die Agenda der Entwicklungszusammenarbeit	48
Die Wiederentdeckung der Frau – Gleichstellung als kluge Wirtschaftspolitik?	50
Wem gehört Entwicklung?	51
Internationaler Frauentag in Bonn: Versöhnungsarbeit ohne Grenzen	52
Jemen: Frauen im Wahlkampf	53
Lateinamerika: „Gender, Macht und Demokratie“	53
Genderpolitik in Asien: FES Gender Equality Project Asia	54
Usbekistan: Nicht selbstverständlich: Kooperation zwischen Frauenhaus und Polizei	56
Tansania: Der steinige Weg der Barfußanwältinnen	58
Südliches Afrika: Frauenrechte und Genderpolitik	59
Türkei: Frauen und Konfliktprevention	60
Frauen und ihre Diskriminierung in den türkischen Medien	60
Frauenleben rund ums Mittelmeer	61
Radikaler Feminismus oder Geschlechtergerechtigkeit	61
Bosnien-Herzegowina: Kommunikation (M)macht Gender	62
Slowakei: Forum der Roma-Frauen	63
Albanien: Genderarbeit in Albanien	63



Die Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit 64

Aus den Arbeitsbereichen der FES	66
Internationale Arbeit	66
Politische Bildung	68
Wissenschaftliche Arbeit	69
Frauen- und Genderpolitik im Archiv der sozialen Demokratie	71



Allgemeines	74
Junge ForscherInnen: Promotionsprojekte der FES-StipendiatInnen	74
Dissertationen	76
Publikationen der FES zu Frauenpolitik und Genderpolitik 2008 (Auswahl)	78
AnsprechpartnerInnen	80



Soziale Demokratie ist Geschlechter-Demokratie

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat für ihre Arbeit im nationalen wie im internationalen Rahmen drei strategische Ziele definiert, die zur Stärkung der sozialen Demokratie für besonders bedeutsam gehalten werden. Diese drei notwendigerweise allgemein formulierten Politikfelder erlauben, das breite Spektrum der FES-Aktivitäten ein wenig zu strukturieren und übersichtlicher zu machen.

Globalisierung sozial gestalten

In Projekten, Publikationen und Veranstaltungen werden Antworten auf folgende Fragen gesucht: Wer gewinnt, wer verliert? Wie kann man Globalisierungsverlierer schützen, in Deutschland genauso wie in Bangladesh? Helfen Gender-Strategien in der Entwicklungszusammenarbeit – und wie aufgeschlossen sind Regierungen und Wirtschaft, dieses relativ neue Instrument auch anzuwenden, das für mehr Geschlechtergerechtigkeit sorgen soll?

Die Werte der sozialen Demokratie konkret machen: Bildung, Integration, Chancengleichheit, Schutz für Schwächere, Unterstützung für Familien

Die FES hat zu diesen Themenbereichen die öffentliche Debatte vorangetrieben. Immer wieder wurden in Konferenzen, bei Podiumsdiskussionen und Seminaren im In- und Ausland die Zusammenhänge hergestellt: Ohne Bildung keine Integration. Ohne Schutz für Schwächere keine Chancengleichheit. Ohne eine Familienpolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen in der Verantwortung sieht und Kinder als gesellschaftliche Aufgabe betrachtet, keine berufliche Chancengleichheit für Frauen.

Den Dialog der Politik mit den Gewerkschaften fördern

In den Gewerkschaften haben die Frauen immer noch Mühe, Gender-Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Doch die Bereitschaft wächst, in Methoden wie Gender Mainstreaming Chancen für beide Geschlechter zu sehen, sei es bei den Arbeitsbedingungen, beim Abbau der immer noch großen Lohndifferenzen oder bei sozialen Fragen wie etwa Altersarmut von Frauen. Zugleich geht es darum, den Dialog zwischen den Gewerkschaften und den politischen Entscheidungsträgern wieder zu intensivieren.



Das Jahr 2008 bot reichlich Anlässe, Bilanz zu ziehen und über die Erfolge und Misserfolge rund um die Themen Gleichstellung, Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in Politik und Gesellschaft nachzudenken: Vor hundert Jahren wurde das Politikverbot für Frauen aufgehoben. Seit neunzig Jahren dürfen Frauen wählen. Vor 50 Jahren trat das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft. Vor 20 Jahren verabschiedete ein SPD-Parteitag in Münster den denkwürdigen Quotenbeschluss (siehe Gespräch mit Dr. Hans-Jochen Vogel auf [Seite 28](#))

Jeder Fußbreit Boden musste von den Frauen – und einer lange zögerlichen Minderheit solidarischer Männer – erkämpft werden. Denn jeder Fortschritt für Frauen bedeutete einen Machtverlust für Männer. Mit jedem Gesetz, das die Frauen der Gleichstellung näher brachte, wurden sie zu Konkurrentinnen um Arbeitsplätze, Mandate und öffentliche Aufmerksamkeit. Erst in jüngerer Zeit läuft die Diskussion etwas anders: Die typisch männlichen Erwerbsbiografien (an die Frauen sich anzupassen hatten, wenn sie Erfolg haben wollten) werden angezweifelt. Ältere Männer bedauern ihre Versäumnisse, wissen, dass sie wie Fremde in ihren Familien gelebt haben. Jüngere Männer versuchen, aus diesen Fehlern zu lernen, suchen nach aktiveren Rollen in den Familien, diskutieren mit ihren Partnerinnen faire Teilung von Familien- und Erwerbsarbeit.



Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat diese relativ neue gesellschaftliche Diskussion vorangetrieben, hat vor allem das Thema Gender Mainstreaming zusammen mit Wissenschaft und Politik hartnäckig auf die politische Tagesordnung gebracht. Genderanalysen (siehe Barbara Stiegler, **Seite 18**) sollen bei Männern und Frauen den Blick schärfen für die Ursachen von Ungleichbehandlungen. Es ist nicht weniger als die Kampfansage an eine bewusst oder unbewusst rein biologische Betrachtungsweise, wenn es um unterschiedliche Bedürfnisse von Frauen und Männern geht.



Elisabeth Selbert

Ein Blick zurück auf die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, wie viel die Frauen in relativ kurzer Zeit erreicht haben. Er zeigt aber auch, dass jeder kleine Fortschritt zäh erkämpft werden musste. Es begann schon mit der Verfassungsdiskussion im Parlamentarischen Rat. Fast wäre zum Thema Gleichberechtigung folgende Formulierung ins Grundgesetz geraten: „Das Gesetz muss Gleiches gleich, es kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln.“ Die Frauen liefen Sturm dagegen und wurden sogar von konservativen Zeitungen unterstützt. Denn dieser Satz hätte bedeutet: staatsbürgerliche Gleichstellung ja, aber keine gleichen Rechte im privaten Leben. Es war vor allem die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert, die die Sache der Frauen rettete. Sie setzte den ebenso einfachen wie klaren Satz durch: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Doch die Regierung Adenauer weigerte sich, diesen Grundgesetz-Artikel mit Leben zu füllen. Die notwendigen Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch wurden verschleppt. Immer wieder erzwang das Bundesverfassungsgericht Reformen, denn das gesamte Ehe- und Familienrecht war seit Verabschiedung des Grundgesetzes verfassungswidrig.

Bevor 1958 endlich das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft trat, sah ein Frauenleben so aus: Ehefrauen konnten nicht einmal über selbst verdientes Geld frei verfügen. Der Ehemann konnte den Job seiner Frau kündigen oder sie umgekehrt zur Erwerbsarbeit zwingen. Ein so



genanntes Doppelverdienergesetz erlaubte die Entlassung verheirateter Beamtinnen. Männer hatten in allen Bereichen bei Nichteinigung das letzte Wort: Ob ein gemeinsames Kind Hans oder Franz hieß, ob der Wohnort gewechselt wurde, ob die Kinder ins Gymnasium durften, ob eine Waschmaschine gekauft wurde – es galt der Stichtentscheid des Ehemanns. Der fand sich übrigens auch im Gleichberechtigungsgesetz von 1958 wieder und wurde 1959 vom Bundesverfassungsgericht gekippt.

Doch damit war die Frauenwelt noch längst nicht in Ordnung. Während in der DDR die Förderung von Frauen im Beruf 1968 zur „gesellschaftlichen und staatlichen Aufgabe“ erklärt wurde, hatte das Gleichberechtigungsgesetz (West) alte Rollenbilder zementiert. Denn im BGB hieß es: „Die Frau führt den Haushalt in alleiniger Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.“

Das hatte schwer wiegende Folgen. Jeder Mann, dem die Berufstätigkeit seiner Frau nicht passte, konnte behaupten, der Haushalt verschlampe und aus war es mit dem Stück Freiheit. Die Doppelbelastung der Frauen bekam damit höchste gesetzliche Weihen, denn von gemeinsamer Verantwortung für Haus- und Familienarbeit war nicht die Rede. Dabei blieb es bis zu der vom damaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel engagiert betriebenen Reform des Familien- und Scheidungsrechts, das gegen heftigste Widerstände 1977 verabschiedet wurde. Weitere Meilensteine waren die Reform des Abtreibungsparagraphen 218, die strafrechtliche Gleichstellung der Vergewaltigung in der Ehe mit der außerhalb der Ehe und die Reformierung des Namensrechts.

Also alles in Ordnung? Davon kann keine Rede sein. Seit Jahrzehnten gibt es von SPD und Gewerkschaftsfrauen initiierte Kampagnen zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Eine der Vorreiterinnen





Annemarie Renger

war die 2008 verstorbene Annemarie Renger. Doch immer noch verdienen die Frauen in den Industrieländern ein Fünftel weniger als Männer, in manchen Bereichen sogar fast ein Drittel weniger. Frauen bescheiden sich der Kinder wegen mit Teilzeitarbeit und Minijobs und können sich nur die Daumen halten, dass ihre Ehe hält. Denn andernfalls wird Altersarmut für sie (und auch für den Ex-Ehemann) das voraussehbare Schicksal sein. Denn für zwei Haushalte reicht die zu teilende Rente in der Regel nicht. Noch bitterer ist das Schicksal alleinerziehender Mütter. Die Stichworte dazu sind bekannt: Sozialhilfe, weil es an Kinderbetreuung fehlt oder diese nicht zu bezahlen ist. Schlechte und schlecht bezahlte Jobs, weil die Berufspause zu lang war. Sozialhilfe auch im Alter, weil die Rente angesichts der flickenhaften Erwerbsbiografie zum Leben nicht reicht. (Siehe Gespräch mit Christine Bergmann, [Seite 20](#))

Ein viel zu wenig diskutiertes Thema ist die Pflege von Angehörigen. Auch diese Leistung wird – oft über Jahre – überwiegend von Töchtern und Partnerinnen erbracht und hat schon viele Frauen in die völlige physische und psychische Erschöpfung getrieben. Die FES hat sich im Jahre 2008 intensiv mit dem Thema beschäftigt, dazu eine umfassende Analyse „Gender in der Pflege“ verfasst und eine Konferenz veranstaltet. (Siehe [Seite 38](#))

Von fair geteilten Pflichten, gar von Geschlechtergerechtigkeit kann weiterhin keine Rede sein. Das zeigt sich auch bei der Betreuung des Nachwuchses. Zwar beantragen inzwischen 20 Prozent der Väter Elternzeit, doch 80 Prozent tun dies eben nicht. Und die 20 Prozent versorgen durchschnittlich zwei Monate lang ihr Kind, während es bei



den Müttern zwölf Monate sind. Auch nach Auslaufen der Elternzeit bleiben viele Mütter mehr oder weniger gezwungen rund um die Uhr zu Hause beim Kind. Es fehlt an Betreuungseinrichtungen – oder die sind zu teuer. So wird in jungen Familien immer noch die alte, ärgerliche Rechnung aufgemacht: Die Erwerbsarbeit von Mutter „lohnt sich nicht“. Denn das Ehegattensplitting bevorzugt die Hausfrauenehe. Rechnet man die Betreuungskosten in einer Kita oder bei einer Tagesmutter zu dem Verlust an Steuervorteilen hinzu, dazu die höheren Kosten für die Haushaltsführung, dann ist die mütterliche Erwerbstätigkeit häufig tatsächlich ein Null-Summen-Spiel. Und wer denkt als junge Mutter schon an die spätere Altersversorgung oder daran, dass Ehen auch scheitern können? Von „Geschlechter-Demokratie“ kann also in der Organisation des Alltags junger Familien sehr häufig nicht gesprochen werden.

Wie aber soll in Politik und Wirtschaft funktionieren, was schon in der Kleinfamilie schwierig ist? Die Fakten sind bekannt. Besonders Politikerinnen und Gewerkschafterinnen drängen darauf, dass bei allen Entscheidungen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen mitbedacht werden müssen. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung legt immer wieder den Finger auf die Wunde, entwickelt zum Beispiel auf Konferenzen Strategien für „Gender-Budgeting“, wenn es um die Verteilung öffentlicher Mittel geht. Allein in Deutschland standen im Jahr 2008 Gender- und frauenpolitische Fragen im Mittelpunkt von 120 Veranstaltungen. Darüber hinaus werden Genderfragen bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Analysen mitgedacht.

Auch in der Arbeit der Auslandsbüros rund um den Globus spielen Genderanalysen eine wichtige Rolle, denn Gleichstellung ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Weltbank hat dies erkannt und einen Gender-Aktionsplan entwickelt. Denn die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen kostet die Weltwirtschaft jährlich Milliarden. In der Entwicklungszusammenarbeit ist deshalb die Bewertung der Geschlechtergerechtigkeit der Projekte ein entscheidendes Prüfkriterium bei der Qualitätsanalyse – und nicht nur, wenn es um die Frage von Kleinkrediten für Frauen geht. In Marokko zum Beispiel war das FES-Büro beteiligt am Reformprozess für ein neues Familienrecht. In Vietnam wurden fast 700 Multiplikatoren für Gender-Fragen sensibilisiert. Die Spitzen von Staat und Verwaltung unterstützen das Projekt. In Bonn diskutierten Entwicklungspolitiker darüber, wie die Finanzierung von Projekten stärker an Gleichstellungsfragen gebunden werden könnte.





Das Bewusstsein der Frauen für ihre häufig elende Lage wächst. Ein Beispiel von vielen: Auch die rund zwei Millionen Näherinnen in den Textilfabriken von Bangladesh wissen, was Globalisierung heißt: Dem grenzenlosen Handel verdanken sie, dass sie erstmals im Leben bezahlte Arbeit haben. Doch der gnadenlose Wettbewerb besonders unter den Discountern in den westlichen Industrieländern ist schuld an Hungerlöhnen, von denen man auch in den ärmsten Ländern der Welt nicht leben kann. Sieben Tage in der Woche arbeiten sie für umgerechnet 18 bis 24 Dollar – im Monat. Mit der Jobmaschine Welthandel, aber auch mit den dunklen Seiten befasst sich die FES seit Jahren, unterstützt Gewerkschafterinnen, versucht, internationale Solidarität unter den Frauen herzustellen.

Diese Solidarität brauchen besonders die Frauen in den Krisengebieten dieser Welt. Sie wollen Frieden, damit ihre Kinder gesund aufwachsen und zur Schule gehen können. Prof. Herta Däubler-Gmelin, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, ist auch im Auftrag der FES immer wieder unterwegs und weiß, dass rechtzeitige Kriseninterventionen in Afrika und anderswo nur gelingen können, wenn die Frauen eingebunden sind. (Siehe Gespräch **Seite 46**) Denn sie haben Einfluss auf ihre Männer und Söhne. Auch wenn der Begriff Gender ihnen nichts sagt, was sich dahinter verbirgt, möchten sie leben: den aufrechten Gang, gleichberechtigt mit den Männern, respektiert für ihre Fähigkeiten und sich der unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen durchaus bewusst.

„Ich bin ein Stück Sozialdemokratie“

Zum Tode von Annemarie Renger

Annemarie Renger, die „Grande Dame“ der Sozialdemokratie, wurde am 7. Oktober 1919 in Leipzig in eine Familie mit sozialdemokratischer Tradition hinein geboren. Schon früh stand für sie ihr Berufswunsch fest: Parteisekretärin. Annemarie Renger, bald nach Kriegsende Privatsekretärin und Vertraute von Kurt Schumacher, begann 1953 ihre eigene politische Karriere. Sie zog in den Bundestag ein und war bis 1990, also 37 Jahre lang, Abgeordnete. Am 13. Dezember 1972 schrieb sie Geschichte. Als erste Frau und als erstes SPD-Mitglied wurde sie Bundestagspräsidentin. Mit Beharrlichkeit kämpfte sie gegen Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen. Ihre Aktion „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ machte sie bei Arbeitnehmerinnen populär. Die Aussöhnung mit dem Osten war ihr ein persönliches Anliegen. Sie leitete die ersten Bundestagsdelegationen nach Polen, Rumänien und in die Sowjetunion. Eine besonders enge persönliche Bindung empfand sie zu Israel.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag engagierte sie sich weiterhin ehrenamtlich und politisch. Zeit ihres Lebens sah sie sich Kurt Schumacher und seinem Erbe verpflichtet. Viele Jahre lang war sie mit Vorträgen und bei Diskussionen zu Kurt Schumacher in der Friedrich-Ebert-Stiftung präsent.

Annemarie Renger, Trägerin des Großen Bundesverdienstkreuzes, erhielt die Buber-Rosenzweig-Medaille, den Heinz-Galinski-Preis der jüdischen Gemeinde Berlin und die Ehrenbürgerwürde der israelischen Ben-Gurion-Universität. Das alles waren Würdigungen ihrer besonderen Verdienste um den christlich-jüdischen Dialog.

Am 3. März 2008 starb Annemarie Renger friedlich im Alter von 88 Jahren im Kreise ihrer Familie in ihrem Haus in Oberwinter.



„So würde ich noch einmal leben!“

Zum Tode von Susanne Miller



Bis zu ihrem Tode mit 93 Jahren hatte Susanne Miller sich etwas Mädchenhaftes bewahrt. Die zierliche alte Dame mit dem leichten Wiener Akzent in der Stimme wurde geliebt von allen, die sie näher kennenlernen durften. Scharfer Verstand paarte sich bei ihr mit großer menschlicher Wärme. Sie lebte bescheiden in ihrer kleinen Bonner Wohnung, umstellt von Büchern – die sie in den letzten Jahren ihres Lebens auch mit starken Lupen nicht mehr lesen konnte. Kann man sich ein schlimmeres Schicksal vorstellen für einen Menschen, für den lesen ein anderes Wort für Leben war? Und doch wirkte sie nie verbittert, klagte nie. Als Antje Dertinger die Erinnerungen der 90-Jährigen aufzeichnete, sagte sie den Satz, der dem Buch den Titel gab: „So würde ich noch einmal leben!“

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat Susanne Miller zur Weltbürgerin gemacht: Geboren in Sofia, der Hauptstadt Bulgariens, aufgewachsen in Wien, Abitur wieder in Sofia, Studium in Wien, Arbeit in London – und dann keine Rückkehrmöglichkeit mehr. Ihre jüdische Herkunft und ihr Engagement im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) machten sie zur Emigrantin. Wie prekär ihre Situation auch im britischen Exil war, zeigt eine Episode: Susanne Miller, geboren als Susanne Strasser, ging eine Zweckehe ein mit einem englischen Offizier. Wie andere Flüchtlinge auch fürchtete sie die deutsche Invasion und suchte Schutz durch einen anderen Namen und die britische Staatsbürgerschaft.

Schon im Londoner Exil lernte sie Willi Eichler kennen, ihren späteren Ehemann. Eichler wurde nach dem Krieg Vorsitzender der SPD-Programmkommission, die ein neues Parteiprogramm erarbeiten sollte. Susanne Miller, angestellt bei der SPD und engste Mitarbeiterin Eichlers, protokollierte die Sitzungen und fasste die oft leidenschaftlichen Diskussionen zusammen. 1959 wurde dieses „Godesberger Programm“, das die SPD grundlegend veränderte, beschlossen. Susanne Miller, eine begabte Schreiberin, hat die damals revolutionären Veränderungen später in wenigen Sätzen auf den Punkt gebracht:

„1. In Godesberg hat die SPD ihr ursprüngliches Selbstverständnis, eine Arbeiterpartei zu sein, auch programmatisch aufgegeben. Die SPD ist im Laufe ihrer Geschichte eine linke Volkspartei geworden.“

2. Die marxistische Tradition der SPD findet im Godesberger Programm keinen Niederschlag, ja, nicht einmal Erwähnung.

3. Die SPD ist daher nicht mehr eine Weltanschauungspartei, sondern vereinigt Menschen verschiedener Denk- und Glaubensrichtungen, die sich zu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bekennen.“

Nach dem Godesberger Parteitag erfüllte Susanne Miller sich ihren größten Wunsch. Sie ging zurück an die Universität und beendete in Bonn ihr 1935 durch die Weltgeschichte unterbrochenes Geschichtsstudium. 1963, sie war inzwischen 48 Jahre alt, promovierte sie mit einer Arbeit zur Entwicklung der Parteiprogramme der deutschen Sozialdemokratie. Und damit begann ihre zweite Karriere: Sie arbeitete bei der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn. Sie veröffentlichte zusammen mit Heinrich Potthoff eine „Kleine Geschichte der SPD“, die inzwischen in 8. Auflage vorliegt. Sie wurde Vorsitzende der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, war viele Jahre Mitglied der SPD-Grundwertekommission und wurde im hohen Alter Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten. Mit 70 Jahren verlieh ihr das Land Nordrhein-Westfalen den Professorentitel.

Was machte sie so einzigartig? Wahrscheinlich die Tatsache, dass ihre fast lebenslange Forschungsarbeit über die Arbeiterbewegung bei aller wissenschaftlichen Genauigkeit immer die einzelnen Menschenschicksale hinter der Geschichtsschreibung sah. Ihr Engagement war in erster Linie ethisch begründet und das ist spürbar in all ihren zahlreichen Publikationen.



Die internationale Frauenbewegung hat sich nicht geirrt!

Barbara Stiegler



Vielleicht hat sie sich zu viel vorgenommen, die internationale Frauenbewegung, als sie bereits 1995 in Peking eine neue gleichstellungspolitische Strategie empfahl: Neben den Regeln gegen Antidiskriminierung und der Frauenförderung mit den Quotierungsregelungen sah sie im Gender Mainstreaming die konsequente Weiterführung ihres Anspruchs, die gesellschaftlichen Verhältnisse geschlechtergerecht zu gestalten. Und eine Zeit lang sah es auch in Deutschland und Europa so aus, als sei ein Durchbruch in der Geschlechterpolitik erreicht: In vielen Führungsetagen beschäftigten sich die „Mächtigen“ mit der Frage: „Was ist Gender?“ und „Was tun wir, damit die Geschlechterverhältnisse sich ändern?“ Genderanalysen wurden erarbeitet, Pilotprojekte entwickelt, Schulungen angeboten und Implementierungsstrategien entworfen. Gerade in den Kommunen und in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, in denen die Akteurinnen stark waren, gab es viele Umsetzungsschritte.

Diese Zeiten haben sich aber offenbar geändert. Aus dem BMFSFJ ist im jüngsten „6. Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)“ zu lesen: „Mit der Übernahme des englischen Begriffs Gender Mainstreaming sind mancherorts Widerstände entstanden, die eine nachhaltige Verankerung des Anliegens behindert haben.“ Das Ministerium kündigt eine „Neuausrichtung der Gender Mainstreaming Konzeption“ an. „Gleichstellungspolitik als Erfolgsstrategie“ heißt der neue Slogan. Darin kann man eine Absage an die Umsetzung von Gender Mainstreaming sehen und den Versuch, durch andere Verfahren dem Ziel der Gleichstellung näher zu kommen. Aber mit welchen? Das bleibt leider offen.

Gender Mainstreaming als neue geschlechterpolitische Strategie ist in der Tat nicht einfach umsetzbar. Widerstände finden sich

- im Bereich der persönlichen Einstellungen: Viele potenzielle Gender Mainstreaming Akteure haben eine biologistische, essenzielle Einstellung und sehen keine Probleme im herrschenden Geschlechterverhältnis;



- in der fachlichen Unkenntnis: Viele potenzielle Gender Mainstreaming Akteurinnen tun sich schwer, geschlechterrelevante Bezüge in ihrer Alltagsarbeit zu erkennen und noch schwerer, geschlechterpolitische Ziele anzustreben;
- auf der organisatorischen Ebene: Die Facharbeit müsste bei Anwendung von Gender Mainstreaming zum Teil anders organisiert werden, Abläufe und Machtverhältnisse verändert werden.

Die Antwort auf all diese Widerstände kann jedoch nicht sein, die Strategie den widrigen Verhältnissen anzupassen.

Nicht in der Strategie, schon gar nicht im Namen liegt das Problem, sondern in den geschlechtshierarchischen Denk- und Organisationsstrukturen, durch die immer zunächst Blockaden aufgebaut werden. International ist Gender Mainstreaming bekannt, effektiv und als gleichstellungspolitische Strategie anerkannt. Und auch in Deutschland finden wir viele gute Ansätze, viele Prozesse und erste Ergebnisse. Das gilt für Bereiche wie Jugendarbeit, Gesundheit, Planungsprozesse in den Kommunen, Finanzen, Gewerkschaften und Universitäten. Sie alle werden bei einer „offiziellen“ Abkehr von Gender Mainstreaming hoffentlich nicht den Mut und ihren Elan verlieren. Vielmehr wäre zu wünschen, dass sich „Top“ – in diesem Falle das Bundesministerium – mal angeschaut hätte, was „Down“ so alles passiert.

Gender Mainstreaming als Strategie ist und bleibt anspruchsvoll, wird nur gegen Widerstände umgesetzt und birgt viele Gefahren, nicht zuletzt die, dass diese Strategie gegenüber frauenpolitischen Erfolgen ausgespielt wird. Gender Mainstreaming dient aber der strukturellen Gleichstellung der Geschlechter, will Strukturen verändern, die unerwünschte Geschlechterdifferenzen erzeugen und verpflichtet hierzu alle, unabhängig von ihrem Geschlecht. Damit ist sie die am weitesten reichende geschlechterpolitische Strategie, an der es festzuhalten gilt. Die internationale Frauenbewegung hat sich nicht geirrt!



„Veränderungen in den Köpfen dauern immer lange“

Dr. Christine Bergmann im Gespräch

Sie war Senatorin in Berlin und 1998 die erste Frauen- und Familienministerin der rot-grünen Koalition, ist im Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung und engagierte Vertreterin einer modernen Frauenpolitik. Gender Mainstreaming ist für sie eine notwendige Ergänzung, aber kein Ersatz.



„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Seit Jahrzehnten ist das eine Forderung von Arbeitnehmerinnen und Gewerkschaften. Doch immer noch verdienen Frauen ein Fünftel weniger als Männer. Warum wehren die Frauen sich nicht massiver?

Es ist ein Skandal, dass Frauen noch immer weniger verdienen als Männer und Deutschland hier im internationalen Vergleich besonders schlecht dasteht. Die Differenz im Erwerbseinkommen zwischen Frauen und Männern ist übrigens in den alten Bundesländern wesentlich höher als in den neuen, aber auch dort kann von Gleichheit noch keine Rede sein. Woran liegt das und wo müssen Frauen viel stärker mitmischen, um zu einer geschlechtergerechten Bezahlung zu kommen? Darauf gibt es mehrere Antworten:

1. Traditionelle Frauenberufe werden traditionell schlecht bezahlt. Ich denke hier zum Beispiel an die Dienstleistungen am Menschen, also Pflege, Kinderbetreuung u.a. Sich wehren heißt hier: Frauen in die Tarifkommissionen! Frauen müssen auch begreifen, dass die Schaffung Existenz sichernder gesetzlicher Mindestlöhne ihr Thema ist.
2. Berufsunterbrechungen, vor allem längere, und Teilzeitarbeit sind nicht Karriere fördernd und führen nicht zu gut bezahlten Positionen. Hier sind wir zum einen beim Problem der fairen Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen. Aber auch in der Arbeitswelt muss umgedacht werden. Viele Führungspositionen sind auch bei reduzierter Arbeitszeit möglich. Man muss nur wollen!

3. Auch wenn die beiden erstgenannten Ursachen entfallen, bleiben Unterschiede bestehen, wie das DIW nachgewiesen hat. Es herrscht immer noch echte Diskriminierung. Hier hilft in der Regel nur der selbstbewusste individuelle Kampf um die eigenen Rechte. Das AGG kann hilfreich sein.

Also: Frauen in die Personal- und Betriebsräte, in die Tarifkommissionen, in die politischen Auseinandersetzungen. Einfacher geht es leider nicht, geschenkt wird nach alter frauenpolitischer Erfahrung nichts.

Für die ostdeutschen Frauen galt und gilt das nicht. Aber auch in den alten Bundesländern ist der Wunsch der Mütter nach voller Erwerbsarbeit wesentlich größer als die Möglichkeit, diesen Wunsch zu realisieren. Das liegt in erster Linie an dem noch völlig unzureichenden Angebot an ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen. Nach einer Untersuchung aus dem Jahre 2005 waren lediglich 26 Prozent der Kita-Plätze in den alten Bundesländern Ganztagsplätze, in den neuen nahezu 100 Prozent.

Obwohl es an Veröffentlichungen zu diesem Thema nicht mangelt, wird nach meiner Erfahrung diese Zukunftsperspektive oft verdrängt. Ich sage jungen Frauen immer, dass ökonomische Unabhängigkeit ein hohes Gut ist, auch in einer funktionierenden Partnerschaft und nicht nur, wenn die Ehe in die Brüche geht. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass es viele Frauen gibt, die ihre ganze Kraft brauchen, um ihren Alltag zu schaffen. Sie können nicht gleichzeitig noch die Probleme von morgen bewältigen.

Kompetenz allein reicht nicht auf dem Weg in die Führungsetagen. Frauen müssen auch laut und deutlich ihre Leistungen präsentieren, ihre männlichen Kollegen tun dies bestimmt. Mehr Frauen in Führungspositionen, das hilft bei der notwendigen Veränderung der Arbeitswelt. Rund um die Uhr verfügbare Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – das ist nicht das Lebensziel jeder Frau und auch nicht jedes Mannes.



Gilt immer noch: Frauen arbeiten Teilzeit, kümmern sich um Haushalt und Familie, Männer arbeiten Vollzeit?

Mehr als jede dritte Ehe wird geschieden, in den Großstädten jede zweite. Ist Frauen bewusst, dass ihre durch Ehe und Kinderbetreuung bedingte berufliche Flickbiografie direkt in Altersarmut führen kann?

Noch nie hatten wir eine so gut ausgebildete und hoch motivierte Generation junger Frauen wie heute. Doch irgendwann stoßen sie an die berüchtigte „gläserne Decke“. Warum? Scheuen sie den Konkurrenzkampf um die besten Jobs? Haben sie vielleicht andere Lebensziele?

Sind Kinder nach wie vor eine Karrierebremse für Frauen – während der junge Familienvater wohlwollend gefördert wird?

Warum bewegt sich so wenig, die Ursachen für die Ungleichheit sind doch längst bekannt?

Sie geht zwölf Monate in Elternzeit, er – bestenfalls – zwei Monate. Sieht so Geschlechtergerechtigkeit aus?

Brauchen wir also weiterhin eine gezielte, traditionelle Frauenpolitik?

Ist Gender vielleicht das modernere Instrument, um die neuen und alten Herausforderungen endlich bewältigen zu können?

Wie viele männliche Politiker kennen Sie, die zufriedenstellend erklären können, was sich hinter dem Begriff Gender Mainstreaming verbirgt?

Trotz aller Vorzeigeväter, die einen anderen Weg versuchen, ist das immer noch so. Und das ist auch nur durch ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen zu ändern. Dazu muss eine veränderte Arbeitskultur kommen und eine gerechtere Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit.

Veränderungen in den Köpfen dauern immer lange. Und bei einer Änderung der Rollenbilder sind jetzt vor allem die Männer am Zug. Die tun sich noch schwer damit, ihre neue Rolle zu finden. Ganz entscheidend aber ist nach meiner Erfahrung, dass Frauen Veränderungen auch energisch einfordern müssen.

Es ist immerhin ein Anfang. Und wenn ich an die Diskussionen denke bei der Einführung der Vätermonate! Für nicht wenige konservative Männer, die so bewegend über Familie reden können, drohte ja fast der Untergang des Abendlandes!

Wir brauchen sie, um in den komplizierten gesellschaftlichen Prozessen, als Beispiel sei hier nur der Mindestlohn genannt, als Frauen unsere Chancen nutzen zu können. Das gilt aber auch für andere Bereiche, denken Sie nur an das Thema häusliche Gewalt.

Traditionelle Frauenpolitik und Gender Mainstreaming ergänzen sich. Wir brauchen beides, damit Männer und Frauen gemeinsam eine geschlechtergerechte Gesellschaft schaffen können.

Mir fällt doch wirklich keiner ein.



Von Emma zu Alpha? Feminismus im Wandel

Viele Jahre lang galt der Feminismus als Auslaufmodell, selbst unter Frauen. Protagonistinnen wie Alice Schwarzer, Symbolfigur des „alten Feminismus“, warfen den jungen Frauen vor, sie seien geschichtsvergessen, unpolitisch, pflegten einen „Wellness-Feminismus“. Doch das Blatt hat sich gewendet. Von einem neuen Feminismus schreiben selbst die Feuilletons und beschäftigen sich mit einer jungen Frauengeneration, der sie Leistungsstärke und Erfolge attestieren. Die jungen Frauen wehren sich inzwischen massiv und mit Witz gegen die mehr oder weniger subtilen Vorwürfe, sie seien egoistisch, nur an Karrieren interessiert. Sie nennen sich „neue deutsche Mädchen“, „F-Klasse“ oder „Alphamädchen“. Das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin nahm diese Debatte 2008 auf, fragte in mehreren Veranstaltungen nach der tatsächlichen Lage der Gleichberechtigung in Deutschland: Was waren und sind die Inhalte, Forderungen und Ziele des Feminismus? Was bleibt zu tun auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft? Sind wir auf dem Weg „von Emma zu Alpha“?

Die Schriftstellerin Thea Dorn mochte während einer Diskussion rund um ihr Buch „Die neue F-Klasse: Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird“ von einer neuen Bewegung nicht sprechen. Viele Ziele der alten Frauenbewegung seien erreicht. Heute gebe es einen Trend bei jungen Frauen, die ständigen Herausforderungen im Berufs- und im Privatleben individuell zu meistern, durch Können, Hartnäckigkeit und Ehrgeiz. Auch die deutsch-türkische Frauenrechtlerin und Rechtsanwältin Seyran Ates, alleinerziehende Mutter, ist skeptisch: „In der Mitte der Gesellschaft ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau noch lange nicht verinnerlicht.“

Auf einer anderen Veranstaltung ging es um die Thesen des Buches „Wir Alphamädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht“. Die Emma-Generation warf den jungen Frauen vor,



beim neuen Feminismus fehle der macht- und gesellschaftskritische Anspruch. Individuelle Emanzipation setze die gesellschaftliche Emanzipation voraus und umgekehrt. „Feminismus ist untrennbar verbunden mit Machtkritik“, so die Journalistin Ute Scheub. Dagegen wehrten sich die jüngeren Frauen wie Barbara Streidl. Mit ihrem Alphamädchen-Buch hätten sie ihre Wut darüber formuliert, dass – meist Konservative – in den letzten Jahren versucht hätten, über die Lebensmodelle junger Frauen zu urteilen. Trotz vieler erfolgreicher Frauen habe sich an einem nichts geändert: Frauen seien nach wie vor strukturell massiv benachteiligt.

Feminismus sei Freiheitskampf, sagten die älteren Frauenrechtlerinnen. „Feminismus heißt, auch für andere zu kämpfen“, also für Frauen aus muslimischen Familien, aus benachteiligten Familien und nicht zuletzt für Frauen aus Ländern, in denen sie immer noch unterdrückt werden. „Feminismus ist auch immer international“, erinnerte die Kölner Professorin Sabine Hark an die Wurzeln der Frauenbewegung.

Emmas zerstrittene

Die „Alpha-Mädchen“ wollen Karriere und Spaß. Doch ein neuer Feminismus

VON SABINE HARK

Der „alte“ Feminismus ist tot. So wollen es jedenfalls Teile des deutschen Feuilletons. Die Zeit der Männerhasserinnen, die letztlich nie aus den Latzhosen gewachsen seien und sich in ihrer Opferrolle eingerichtet hätten, sei vorbei, so der Tenor. Nicht selten sind dabei frauenfeindliche und homophobe Töne zu hören. Wohlwollend beobachten die gleichen Journalisten hingegen die Entstehung eines „neuen Feminismus“, dem sie eine Reihe jüngerer deutscher Autorinnen zurechnen: Jana Hensel und Elisabeth Raether („Neue deutsche Mädchen“), Meredith Haaf, Susanne Klingner und Barbara Streidl („Wir Alphamädchen“), Charlotte Roche („Feuchtgebiete“) oder Thea Dorn („Die neue F-Klasse“).

Diese neue „F-Klasse“ ist darum bemüht, sich vom Image der „Emmas“ und deren angeblichem Selbstmitleid abzugrenzen. Der „neue Feminismus“ gibt sich stark, karriere- wie lustorientiert, bereit, den Beweis zu erbringen, dass sich „jede Frau mit Energie, Disziplin, Selbstbewusstsein und Mut in einer Gesellschaft wie der unseren durchsetzen kann“, wie Thea Dorn formuliert hat. In dieser Haltung besteht ein entscheidender Unterschied zum „alten Feminismus“. Die F-Klässlerinnen wollen nicht über Benachteiligungsstrukturen nachdenken. Sie verstehen ihren Erfolg allein als Ausweise ihrer persönlichen Leistung und ihrer individuellen Überlegenheit im täglichen Überlebenskampf, nicht als Effekt gesellschaftlicher Bedingung. Damit wird der „neue Feminismus“ anschlussfähig an neoliberale und patriarchale Diskurse.

Nun ist der Versuch, den Feminismus für tot zu erklären, so alt wie der Feminismus selbst. Tradition hat es auch, Zerrbilder der feministischen Bewegung zu entwerfen, wie es in der jetzigen Debatte Feuilletonisten und F-Klässlerinnen machen. Mit deren Kritik am „alten Feminismus“ wird ein „neuer Feminismus“ allerdings nicht entstehen. Es handelt sich vielmehr um einen Spartenfeminismus. Denn Gerechtigkeit ist danach keine große gesellschaftliche Frage, sondern bedeutet nur den Zugang einiger weniger zu den Eliten. Damit hat dieser Feminismus zur Gegenwart fast nichts zu sagen.

Allerdings ist es in der Tat an der Zeit, über einen neuen Feminismus nachzudenken. Sein zentrales Motiv liegt in der Freiheit, seine Wurzeln in der neuen Frauenbewegung, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts begann.

Das Verlangen nach Autonomie und Selbstbestimmung bewegt die Frauen damals weltweit. Dabei denken Feministinnen von Anfang an nicht individualistisch, sondern im gesellschaftlichen und historischen Zusammenhang: Die Frauen sind unfrei, weil ein dichtes und zwanghaftes Korsett aus Weiblichkeitsstereotypen



Mein Bauch gehört mir. Der Kampf gegen den Paragraphen 218 wurde zur Massenbewegung

und eine in Teilen gewaltförmige Sexualkultur ihnen Unfreiheit aufzwingen, vor allem aber aufgrund der geschlechtshierarchisierenden gesellschaftlichen Organisation von Produktion und Reproduktion und der damit verbundenen Verbannung der Frauen ins „Private“.

Helke Sander wird es in ihrer berühmten Rede im Namen des Berliner „Aktionsrates zur Befreiung der Frauen“ am 13. September 1968 bei der 23. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt am Main so ausdrücken: Die Frau „wird immer noch für das Privatleben, für die Familie erzogen, die ihrerseits von Produktionsbedingungen abhängig ist, die wir bekämpfen. Die Rollenerziehung, das anerzogene Minderwertigkeitsgefühl, der Widerspruch zwischen ihren eigenen Erwartungen und den Ansprüchen der Gesellschaft erzeugen das ständige schlechte Gewissen, den an sie gestellten Forderungen nicht gerecht zu werden, beziehungsweise zwischen Alternativen wählen zu müssen, die in jedem Fall einen Verzicht auf vitale Bedürfnisse bedeuten.“

Dass dieses Unbehagen am Korsett Weiblichkeit im Übrigen kein Westphänomen ist, belegt der Bestseller Maxie Wanders „Guten Morgen, du Schöne. Frauen in der DDR“, erschienen 1977.

Helke Sanders Rede gilt als der symbolische Beginn der Neuen Frauenbewegung in Westdeutschland. Bald organisieren Frauen sich bundesweit in „Aktionsgruppen“, sie gründen Zeitschriften, sie feiern Feste, sie stören politische Veran-

staltungen und Strafrechtsprozesse und organisieren „Abtreibungsfahrten“ in die Niederlande.

Nicht von ungefähr ist es gerade das trotzig-selbstbewusste: „Mein Bauch gehört mir“, das den feministischen Kampf um Autonomie und Selbstbestimmung in den 1970er Jahren am deutlichsten auf den Punkt bringt. Es ist zudem bekanntermaßen gerade der Kampf um den Paragraphen 218, in dem linke, liberale und

bürgerliche Frauen erstmals koalieren, und der die Frauenbewegung zu einer breiten Massenbewegung macht. Der Konflikt ist bis heute nicht gelöst. Denn rechtlich gilt noch immer, dass der „Schwangerschaftsabbruch für die gesamte Dauer der Schwangerschaft grundsätzlich als Unrecht angesehen werden“ muss, der Staat hat das Recht des Ungeborenen über das Recht der Mutter gestellt.

Dabei sind die politischen Ziele des feministischen Aufbruchs eben nicht vorrangig der Kampf um gleiche Rechte und für Gleichberechtigung, sondern für Selbstbestimmung und Autonomie. Und Autonomie enthält dabei einen deutlichen Anti-Etatismus sowie die Abgrenzung gegenüber Männern und ihren politischen Angeboten und Organisationen. So sind es zunächst die scheinbar privaten Themen, die die Frauen mobilisieren:

Schon immer gab es heftige Konflikte im Feminismus

e Töchter

mus steht vor weit größeren Herausforderungen



ng (hier 1983 in Karlsruhe). Foto: Ullstein/AP

Selbstbestimmung in der Sexualität, das Selbstbestimmungsrecht am Körper, lesbische Lebensweisen, Gesundheit, sexuelle Gewalt, neue Lebensformen, Neubestimmung von Mutterschaft.

Ulrike Prokop (1986) beschreibt diese frühen Jahre als eine Zeit, in der Frauen sich selbst entdeckten und sich in auch noch aus heutiger Sicht radikal und anmaßend erscheinender Selbstbezüglichkeit einander zuwandten. Mit der Selbsterfahrung bekämpften die Aktivistinnen in den 70er Jahren den Selbst- und Frauenhass und die patriarchalen Zuschreibungen an weibliche Wohlständigkeit.

Die Fortschritte im „Dreiklang“ der physischen, psychischen und intellektuellen Selbstverständigung sind jedoch keineswegs das Ergebnis eines einfachen, idyllischen, harmonischen Prozesses, sondern das Ergebnis schwieriger Kämpfe und harter Konflikte – auch innerhalb der feministischen Zusammenhänge.

Die Auseinandersetzungen zwischen Lesben und heterosexuellen Frauen, zwischen Müttern und Nicht-Müttern, zwischen den sogenannten Unifrauen und Frauen aus anderen sozialen Kontexten, auch zwischen eingewanderten und einheimischen Frauen gehören gleichermaßen zu den 1970er, vor allem den 80er und 90er Jahren. Die Schärfe der Konflikte führt dazu, dass sich immer wieder Frauen zornig vom Feminismus abwenden, weil sie den Eindruck gewinnen, dass hier neue Vorschriften korrekten Frauenlebens aufgestellt werden, Bevormundung nun unter Frauen stattfindet.

Das zentrale Kennzeichen des Feminismus der zweiten Welle – und das ist eines seiner kostbarsten Erbstücke – ist jedoch der Versuch, gesellschaftliche und individuelle Freiheit zusammen zu denken, die Einsicht darin, dass das eine nicht ohne das andere zu haben ist, individuelle Emanzipation gesellschaftliche Emanzipation voraussetzt und umgekehrt. Der feministische Clou besteht also gerade darin, dass alle Frauen sich auf den Weg der Emanzipation machen können und nicht durch private Zwangsverhältnisse und die gesellschaftliche Entwertung ihrer Arbeit am Aufbruch gehindert werden.

Dabei stehen auch in der deutschsprachigen Frauenbewegung Unterschiede unter Frauen von Anfang an als interne Kritik- und Korrekturperspektive auf der Agenda. Die „innerhalb“ des Feminismus an diesem geäußerte Kritik von lesbischen Frauen, von Migrantinnen oder von Frauen aus Ostdeutschland war und ist jedoch immer mit dem Anspruch verbunden, Feminismus insgesamt komplexer zu reformulieren, und nicht, sich per se in Bindestrich-Feminismen zu separieren. Die kurze Geschichte der Frauenbewegung ist daher viel eher als Konfliktgeschichte zu lesen, in der Definitionsmonopole angefochten, informelle Machtverhältnisse infrage gestellt und der „Lauf der Bewegung“ immer wieder in neue Richtungen gelenkt wurde – woran übrigens durchaus auch feministisch denkende Männer beteiligt waren und sind.

In einer Welt, zu deren vordringlichsten Problemen der Zugang zu sauberem Wasser und Behausung, zu Bildung, die Erfahrung von Krieg und Verfolgung, Missbrauch und Gewalt, von Armut und Mangel, von Rechtlosigkeit und Willkür, von Sexismus, Homophobie und Rassismus in ihren vielfältigsten Manifestationen gehören, muss Feminismus komplex artikuliert werden. Ein neuer Feminismus kommt deshalb gar nicht umhin, offen mit den eigenen Ambivalenzen umzugehen und seine Verschiedenheit und Paradoxien nicht nur grundsätzlich anzuerkennen und auszustellen, sondern auch immer wieder neu zu verhandeln.

Feministinnen, die mehr sein wollen als eine Fußnote der Geschichte, denen es nicht genügt, sich in dem Moment zurückzulehnen, wo mehr als ihre eigene Befindlichkeit auf dem Spiel steht, haben noch viel zu tun. Denn die Kernfragen von Feminismus – das Recht auf politische und gesellschaftliche Teilhabe, die Chance ökonomischer Unabhängigkeit, das Recht auf Bildung und die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben ohne Gewalt führen zu können – sind global gesehen so aktuell wie je. Wer das altbacken findet, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

— Die Autorin ist Vertretungsprofessorin für Genderforschung an der Universität zu Köln.

Antwortbrief der „Alphamädchen“ Susanne Klingner und Barbara Streidl

„Sehr geehrte Frau Hark,

mit großem Interesse lasen wir Ihren Artikel im Tagesspiegel vom 15. Oktober 2008. Einen Teil der Inhalte trugen Sie bereits auf dem Podium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin vor, wo Sie wie ich, Barbara Streidl, zu Gast waren. Der neue Teil ist der, in dem Sie die gedankliche Ausrichtung des von Ihnen „neuen Feminismus“ genannten Vertreterinnen einer Generation beurteilen, zu denen wir als Autorinnen des Buches „Wir Alphamädchen“ auch gezählt werden.

Es scheint uns, als läge da ein Missverständnis vor. Wenn Sie schreiben, dass die jungen Feministinnen „ihren Erfolg allein als Ausweise ihrer persönlichen Leistung und ihrer individuellen Überlegenheit im täglichen Überlebenskampf, nicht als Effekt gesellschaftlicher Bedingung“ verstünden und unsere Inhalte und Forderungen als „anschlussfähig an neoliberale und patriarchale Diskurse“ bezeichnen, können wir nur davon ausgehen, dass Ihnen unser Buch nur vom Hörensagen bekannt ist. Dabei sind wir etwas erstaunt, dass Sie nun öffentlich gegen uns, die jüngeren Feministinnen, argumentieren, obwohl wir in der Sache das Gleiche wollen.

Wir fordern eben diese von Ihnen so beschworene Freiheit für alle Frauen, das Leben zu führen, was Sie möchten. Wir fordern die Veränderung der Strukturen, denn wir haben sehr wohl erkannt, dass es als Frau nicht nur auf „persönliche Leistung und individuelle Überlegenheit ankommt.“ Genau diese in unserer neoliberalen Gesellschaft weit verbreitete Argumentation prangern wir in unseren Texten explizit an. Es geht uns keineswegs um die Verbesserung des Lebens einiger Elitärer, sondern um gerechte Strukturen und Möglichkeiten für alle. Dazu bedarf es, so unsere Meinung, Dinge wie die Neuordnung der Kinderbetreuung ebenso wie eine Einführung der Quote in der Privatwirtschaft oder das Recht auf Selbstbestimmung in puncto Schwangerschaftsabbruch.

Es geht uns, den jüngeren Feministinnen, keineswegs darum, eine neue Deutungshoheit zu erlangen und die alten Kämpferinnen aufs Abstellgleis zu schieben. Wir, die wir zur nachgewachsenen Generation gehören, erkennen, dass einige Dinge, die unsere Vorgängerinnen angeschoben haben, leider immer noch nicht geklärt sind, aber auch nicht mehr öffentlich thematisiert werden. Deswegen stehen diese Dinge ebenso auf unserer Agenda wie neue Probleme, an die etwa zur Zeit des Marsches durch die Institutionen noch nicht gedacht wurde.

Wir hoffen, dass wir nun Klarheit geschaffen haben; dass die Frage nicht heißt: alte oder neue Feministinnen?, sondern vielmehr: Arbeiten wir zusammen oder gegeneinander?

Mit freundlichen Grüßen
Barbara Streidl, Susanne Klingner



Prof. Dr. Jutta Allmendinger
Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin

Arbeit, Alter, Armut?

Ca. 70 Prozent der Deutschen fürchten sich vor Altersarmut. Der Fokus rentenpolitischer Debatten hat sich von der Stabilisierung der Rentensätze und -beiträge zur Armutsfestigkeit der Alterssicherung verschoben. Zu kurz kommt dabei die besondere Betroffenheit von Frauen, - stellte Christine Bergmann, ehemalige Bundesfrauenministerin, auf der Konferenz „Alter, Arbeit, Armut? Altersarmut von Frauen verhindern!“ im November 2008 in Berlin fest. Dabei sind Frauen aufgrund ihrer Erwerbs- und Lebensbiografien besonders von Altersarmut betroffen: sie beziehen nur ca. 60 Prozent der durchschnittlichen Rente der Männer. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, bezeichnete insbesondere hohe Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, die ungleiche Verteilung von Familien- und Pflegearbeit zwischen den Geschlechtern sowie die anhaltende Lohndiskriminierung von Frauen als Ursachen. „Geringfügige Beschäftigung ist Frauensache“ attestierte auch Elke Hannack, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Sie kritisierte zudem, dass bisherigen Alterssicherungsreformen meist nur männliche Erwerbsbiographien zugrunde lagen: Im 3-Säulen-Modell haben Frauen sehr viel seltener die Möglichkeit, betrieblich und/oder privat vorzusorgen. Daher sei „die beste Alterssicherung für Frauen eine gut und fair entlohnte sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung!“.

Politik braucht Frauen – Mit der Quote am Ziel?

Die Antwort der Frauen auf diese Frage war eher ein skeptisches „Jein“. 20 Jahre nach dem Quotenbeschluss des SPD-Parteitag in Münster zogen Politikerinnen während einer Podiumsdiskussion, zu der das „Forum Politik und Gesellschaft“ der FES-Berlin eingeladen hatte, Bilanz. Seit 1988 gilt in der SPD: Frauen und Männer müssen in allen Funktionen und Mandaten der Partei zu mindestens 40 Prozent vertreten sein. Inge Wettig-Danielmeier erinnerte daran, dass die Quote auch unter Frauen damals heftig umstritten war. Anke Fuchs, die Vorsitzende der FES, ergänzte: „Gerade als Frau war man nicht gut beraten, ausschließlich auf dieses eine Thema zu setzen.“ Ohne Hans-Jochen Vogel, damals SPD-Vorsitzender, hätte es die Quote wohl nicht gegeben. Er hält sie insgesamt für einen Erfolg. Immerhin werde heutzutage die Beteiligung von Frauen in der Politik als ganz selbstverständlich angesehen. Und Elke Ferner, die ASF-Vorsitzende vermutete: „Ohne Quote würde ich heute nicht hier sitzen.“ Ist also Geschlechtergerechtigkeit in der Politik endlich erreicht? Nein, sagte Franziska Drohsel, die Juso-Bundesvorsitzende. Politik sei immer noch in erster Linie eine Männerdomäne. Und die ehemalige Bundesfrauenministerin Christine Bergmann war sicher, dass sich an dieser Situation nichts ändern würde, so lange die Familienarbeit hauptsächlich Frauensache sei.



„Von nichts kommt nichts!“

Hans-Jochen Vogel zum Quotenbeschluss

Dr. Hans-Jochen Vogel war von 1987 bis 1991 SPD-Vorsitzender. Engagiert hat er sich für eine stärkere Beteiligung der Frauen an politischen Ämtern und Mandaten eingesetzt. Für ihn war das nicht nur eine Frage der politischen Klugheit, sondern schlicht der Geschlechtergerechtigkeit. Ohne die zähe Überzeugungsarbeit des Vorsitzenden hätte es vor zwanzig Jahren in der SPD den Quotenbeschluss von Münster nicht gegeben.



Warum haben Sie sich so intensiv eingesetzt für eine stärkere politische Beteiligung der Frauen, die damals nach Ihrer Einschätzung ohne einen klaren Quotenbeschluss anscheinend nicht möglich gewesen wäre?

Ich habe mich 1988 als Parteivorsitzender auf dem Münsteraner Parteitag, aber auch bereits vorher für die Quote engagiert, weil die Gleichberechtigung von Mann und Frau schon seit August Bebel ein sozialdemokratisches Grundanliegen war und sich immer deutlicher herausstellte, dass sich der Anteil der Frauen in politischen Funktionen allein durch Appelle und Ermahnungen nicht steigern ließ. So blieb beispielsweise der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion bis Ende der achtziger Jahre deutlich unter 20 Prozent.

Nun waren auch viele Frauen skeptisch. Sie fürchteten den Makel der „Alibi-Frauen“ und wollten es aus eigener Kraft schaffen.

Als subjektive Empfindung konnte ich diese Befürchtung verstehen. Aber wer die Situation verbessern wollte, konnte wegen solcher Befürchtungen nicht auf Dauer untätig bleiben. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen hat ja dann 1985 auch ihren Standpunkt geändert und sich für die Quote ausgesprochen.

Haben die Männer gelernt, mit dem Quotenbeschluss zu leben? Anfangs war die Begeisterung ja nicht sonderlich groß?

Ja, das haben sie. Inzwischen gibt es auch schon Fälle, in denen sich Männer auf den Quotenbeschluss berufen. Streng genommen handelt es sich nämlich um eine Geschlechterquote.

Ja, sie ist wesentlich besser geworden. In der Bundestagsfraktion stieg der Frauenanteil nach 1988 deutlich an. Er beträgt jetzt 36 Prozent. Im Durchschnitt der Landtagsfraktionen liegt er ähnlich hoch. Auch in der Bundesregierung und in den Landesregierungen sind Frauen viel stärker vertreten als früher. Übrigens hat inzwischen auch die CDU, die sich lange kritisch zu unserem Beschluss äußerte, eine Quotenregelung getroffen.

In den Chefetagen der 626 umsatzstärksten Unternehmungen sitzen hingegen auch heute noch weniger als ein Prozent Frauen. Und bei den C-4-Professuren an den Universitäten und Hochschulen ist der Frauenanteil auch noch immer kümmerlich. Und das, obwohl heute über 50 Prozent der Studienanfänger Frauen sind.

Die Koordination von Beruf und Familie ist sicher noch immer ein Problem. Aber die Verbesserung der Betreuungseinrichtungen hat es doch erleichtert, beides miteinander zu vereinbaren. Außerdem gibt es ja auch schon mehr „Hausmänner“ als früher und in nicht ganz wenigen Fällen eine vernünftige Aufteilung der Familienarbeit. In diesem Zusammenhang – aber auch sonst – sollten Frauen durchaus auch einmal aufmüpfig sein. Denn – und da kann ich mich dann auch auf meine eigene Lebenserfahrung berufen: Von nichts kommt nichts!

Hat der Quotenbeschluss die SPD verändert, vielleicht sogar beispielhaft in andere Parteien und die gesamte Gesellschaft hineingewirkt? Hat sich die Lage der Frauen in der SPD seit Münster verbessert?

Wie sieht es mit der Geschlechtergerechtigkeit im privaten Leben aus? Hat die Politik hier eine Vorbildfunktion gehabt?



Die damalige Bundesgeschäftsführerin der SPD, Anke Fuchs, und Delegierte am Rande des Parteitags in Münster, 1988.

Internationaler Frauentag in Berlin

Rechte Frauen so extremistisch wie Männer

Es lag an der untergeordneten Rolle, die Frauen lange in der Geschichtsforschung gespielt haben: So setzte sich in den Köpfen das Bild fest, sie seien sowohl im Nationalsozialismus als auch in der heutigen rechten Szene eher Mitläuferinnen gewesen. Ein falsches Bild, wie während der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Berlin herausgearbeitet wurde. Auch in der Nazizeit haben zahlreiche Frauen sich aktiv für die Ziele des Nationalsozialismus eingesetzt, obwohl sie durch das offizielle Frauenbild auf die Mutterrolle reduziert wurden. Das Kölner Frauenkabarett „Generationenkomplott“ entlarvte mit seiner „Rundfunkrevue“ dieses Weiblichkeitsideal als Märchen. Originaltexte aus der Nazizeit machten klar, wie sehr auch Frauen das Regime bejubelt haben.

Ein ähnliches Bild zeigt sich heute. Frauen in der rechten Szene gelten als Mitläuferinnen, obwohl sie nicht weniger extremistisch sind als Männer. Sie agieren aber eher im Hintergrund, akzeptieren

eine Rolle als Hausfrau und Mutter. Gleichzeitig aber bereiten rechte Frauenorganisationen die „Kameradinnen“ gezielt auf politische Karrieren vor. Nette junge Mütter aus der NPD und anderen Organisationen arbeiten in Elternräten mit, beschaffen Kredite, organisieren Räume, haben Erfolg, weil sie auf den ersten Blick so harmlos wirken, warnten während der Veranstaltung Politikerinnen.

Rechter Lifestyle

Es gibt zahlreiche Organisationen und Parteigliederungen, in denen rechtsextreme Frauen aktiv sind, zum Beispiel im „Mädelring“ in **Thüringen**. Das Landesbüro der FES veranstaltet seit Jahren in Kooperation mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Seminare zu diesem Thema. Dort werden die Strategien rechtsextremer Aktivistinnen und ihrer Organisationen durchleuchtet und es wird über die Anwerbeversuche informiert. Die Seminare sind praxisbezogen, beschäftigen sich beispielsweise mit dem szenetypischen Lifestyle und der Musik der Neonazis.

So fanatisch wie die Männer

In **Mecklenburg-Vorpommern** beschäftigte sich 2008 ein deutsch-polnisches Frauen-Forum, das 1996 mit Hilfe der FES gegründet wurde, mit rechtsextremen Frauen. In Polen, so ergaben die Diskussionen, ist die rechtsextremistische Frauenszene noch nicht so durchorganisiert wie in Vorpommern. Dennoch gilt für beide Seiten der Grenze: Die jungen Frauen sind ebenso ausländerfeindlich und fanatisch wie die Männer. Es ist ein Klischee, dass sie nur über ihre Freunde in das Milieu hineintrutschen. Oft stellen Freundinnen und Schwestern die ersten Kontakte her. Das Problem vor allem auf der deutschen Seite ist, dass gerade in ländlichen Gegenden zu wenig für die jungen Leute getan wird, dass rechtsextremistische Gruppen als einziger Ausweg aus der Langeweile gelten.



Juliane Braun

Widerstand ist möglich – Junge Frauen gegen Rechts

Lautes Gegröle. Harte Rockmusik. Noch härtere Fäuste. Männer wie Schränke mit Glatze und Stahlkappenstiefeln. Schwarz in Schwarz. Schulter an Schulter. Ausländer verprügeln. Stadtviertel von „linken Zecken“ säubern. Synagogen beschmieren.

Die Frauen: Kein Lipgloss in der Handtasche. Keine Liebeskomödien an Filmabenden mit Freunden. Das passt doch nicht! Frauen und Rechtsextremismus passen nicht zusammen!

Zumindest nicht in das Bild in unseren Köpfen. Frauen findet man in der Politik generell zu selten. Das Problem hat die rechtsextreme Szene auch. Und doch schließen sich junge Frauen einer „Bewegung“ an, die Hass und Gewalt predigt und die ihr vor allem eine Rolle als Bewahrerin deutschen Erbguts zuweist. Außenstehende wundern sich darüber. Ich auch. Trotz intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema werde ich das wohl nie verstehen.

Doch verwunderte Blicke ernten auch Frauen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Immer wieder erlebe ich: Nach langen fachlichen Diskussionen über meine Arbeit gegen Rechts kommt immer die eine, anscheinend ganz wichtige Frage: „Haben Sie keine Angst nachts auf der Straße?“ Dabei engagieren sich in den Bündnissen vor Ort überdurchschnittlich viele Frauen, zumindest im Vergleich zu Parteipolitik und Vereinsleben. Oft haben sie führende Rollen. Warum auch nicht? Handfeste Auseinandersetzungen machen den kleinsten Teil der Arbeit gegen Rechts aus.

Wir müssen die Arbeit gegen Rechtsextremismus gemeinsam anpacken. Und das heißt: Mut zum Hinschauen, informieren, Netzwerke gründen.



Juliane Braun gründete 2005 in Dietfurt an der Altmühl ein Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, nachdem sich dort eine „Kameradschaft“ breitgemacht hatte. Sie studiert Medien und Kommunikation in Passau und ist Stipendiatin der FES. Für die Jusos in Bayern koordiniert sie die Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“.

FES-Berlin

Kopftuchverbot versus Teilhabe muslimischer Frauen?

Vor mehr als fünf Jahren hat das Bundesverfassungsgericht ein Gesetz „zur Neubestimmung des zulässigen Ausmaßes religiöser Bezüge in der Schule“ gefordert. Während einer Tagung in Berlin wurden die Folgen dieses „Kopftuch – Urteils“ und die neuen gesetzlichen Regelungen in den Bundesländern diskutiert. Die Mehrheit kritisierte die restriktiven Regelungen besonders in den südlichen Bundesländern mit ihrer Bevorzugung christlich-abendländischer Symbole. Dies verstöße gegen die Vorgaben des höchsten Gerichts zur Gleichbehandlung der Religionen. Doch kritisch wurde auch das strikt neutrale Berliner Gesetz gesehen, durch das sämtliche religiöse Zeichen aus dem öffentlichen Bereich verbannt wurden. Hier gebe es einen Zielkonflikt zwischen der erwünschten Teilhabe muslimischer Frauen und der gebotenen Neutralität des Staates in religiösen Fragen. Das Gesetz habe dazu geführt, dass Kopftuch tragende Frauen auf dem freien Arbeitsmarkt benachteiligt werden.

Vorgeschlagen wurde, nicht auf strikte Regelungen zu setzen, sondern den Einzelfall zu betrachten. Doch die Meinungen blieben geteilt.



FES-Büro Mecklenburg-Vorpommern

Kein Land zum Hierbleiben?

Es ging um demografische Entwicklungen, um Wander- und Pendlerbewegungen vor allem von jungen Mädchen und Frauen beim Seminar des FES-Büros Mecklenburg-Vorpommern. Projekte, die die Abwanderung junger Frauen stoppen könnten, wurden vorgestellt. Junge Frauen berichteten aus ihrem persönlichen Leben und formulierten Wünsche und Forderungen, die sie zum Bleiben bewegen könnten.

FES-Büro Brandenburg

FrauenStärken leben

Es ging während der Brandenburgischen Frauenwoche in Potsdam um Kommunalwahlen und Kommunalpolitik. Das FES-Büro hatte eingeladen, um auszuloten, wie sich die Beteiligung von Frauen an kommunalen Entscheidungsprozessen stärken ließe. Motto der Veranstaltung war: „FrauenStärken leben – Mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“. Themen waren: kritisches Beobachten regionaler Entwicklungen, Förderung von Verantwortungsbewusstsein für die Region. Immer noch bestehende Defizite bei der Frauenbeteiligung. Schaffung neuer Gestaltungsspielräume.



Würzburg

„Frauenpolitik ist einfach out!“

So die Einschätzung einer Teilnehmerin des Fachtags „Fortschritte in der Familienpolitik – Rückschritte in der Frauenpolitik?“ im Juni 2008 in der Akademie Frankenwarte in Würzburg. In den höchst kontroversen Debatten sahen z.B. etliche Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte in der aktuellen Familienpolitik ein Aufweichen der Grenzen unterschiedlicher Politikbereiche und mithin die Gefahr, dass Frauenpolitik zunehmend aus dem politischen Gestaltungsbewusstsein verdrängt wird. Andere TeilnehmerInnen akzeptierten aber auch den Slogan: „Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik, aber eine feministische Familienpolitik ist auch Frauenpolitik“ und die pragmatische Sichtweise: „Es könnte ein konservativer roll-back aus der derzeitigen Entwicklung entstehen.“

Die Perspektive der Väter formulierte der Leiter des ver.di Projekts „Vater und Beruf“, Walter Lochmann: vollzeitnahe Teilzeit und biografienahe Ar-

beitszeitmodelle. Probleme zum Abbau von Geschlechtergrenzen und -differenzen sieht Lochmann mittlerweile weniger durch unterschiedliche Sichtweisen zwischen „Männeraktivisten“ und Feministinnen, sondern eher innerhalb der Gruppe der Männer.

Großen Raum nahm die Suche nach Antworten auf die Frage ein, weshalb es so schwer sei, jüngere Frauen für frauenpolitische Themen zu interessieren. „Da ist überhaupt keine Sensibilität da! Erst wenn ein Kind kommt, wachen sie auf!“ Ob das frauenpolitische Desinteresse jüngerer Frauen nun zu beklagen oder eher als Fortschritt anzusehen sei, blieb kontrovers. „Welches Bild geben wir denn ab für die Mädchen und jungen Frauen? Eine 14-Jährige sagte mir einmal: Ich bin doch nicht so doof wie meine Mutter und rackere mich zuhause und im Büro ab!“

FES-Magdeburg

Ist die Idee der geschlechtsneutralen Erziehung gescheitert?

Statistiken belegen es seit Jahren: Mädchen haben die besseren Schulabschlüsse. Jungen brechen doppelt so oft die Schule ab, sind überproportional häufig an Haupt- und Förderschulen, fallen durch Disziplinlosigkeit und Unterrichtsstörungen auf. Besorgniserregend ist ihre zunehmende Gewaltbereitschaft. Mit Ursachen und Folgen dieser Entwicklung befasste sich eine FES-Tagung in Magdeburg. Die Fachleute setzen auf eine spezielle Jungenarbeit, ähnlich der seit langem praktizierten Mädchenarbeit. Jungen müssen intensiver bei Fragen ihrer Zukunftsgestaltung begleitet werden. Geschlechtsbezogene Förderung müsse zum kontinuierlichen Bestandteil pädagogischer Arbeit werden.



„Da ist noch eine Menge zu tun...“

Gespräch mit Claudia Menne, DGB

Seit vier Jahren ist Claudia Menne (rechts) Leiterin des Bereichs Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ihre Erfahrungen mit Politik und Wirtschaft schildert sie im Gespräch mit Anne Seyfferth, Leiterin des Forums Politik und Gesellschaft.



Seit 2001 existiert die „freiwillige Vereinbarung“ der Spitzenverbände der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Müssen die Gewerkschaften den Druck auf Politik und Wirtschaft erhöhen?

Wir haben einen Workshop „Mehr Chancen für Frauen in der Privatwirtschaft“ für betriebliche Frauenbeauftragte angeboten. Wir waren erstaunt, wie wenige Betriebe über eine solche Stelle verfügen.

Warum ist das so? Können Gewerkschaften hier aktiv werden?

Wir müssen auf die nächste Legislaturperiode setzen. In den letzten Jahren gab es unterschiedliche Vorschläge, zum Beispiel die Quote in Aufsichtsräten. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass wir gesetzliche Regelungen brauchen. Die „freiwillige Vereinbarung“ kann nach drei Bilanzen als gescheitert gelten. Jetzt im Wahlkampf klopfen die Parteien alle bei uns an, von den Liberalen bis zu den Linken. Immerhin, die Bereitschaft zu Veränderungen ist im Moment bei allen Parteien vorhanden.

Die Betriebsräte in den Unternehmen können etwas tun. Wir haben immer wieder diskutiert, wo Gleichstellungsbeauftragte für Chancengleichheit am besten angesiedelt wären: bei der Personalabteilung oder bei der Arbeitnehmervertretung. Letztlich aber geht es um das Zusammenspiel. Es gibt auch Forderungen nach einem Gremium, da gerade in großen Betrieben einzelne Beauftragte nicht viel erreichen können.

Die Gewerkschaften müssen bereit sein, sich die Strukturen und die Bewertungskriterien von Tarifverträgen anzuschauen. Und die Unternehmen, die sich zunehmend der Tarifbindung entziehen, müssen wieder Tarifverträge abschließen. Wir kennen Branchen, in denen die Tarifarbeit jahrelang geruht hat. Dort werden Tarifverträge zwar fortgeschrieben, aber keine Seite nimmt die Strukturen in den Blick. Das ist bei ungefähr 70.000 Tarifverträgen in Deutschland allerdings auch eine große Arbeit. Was wir brauchen sind mehr Frauen in den Tarifkommissionen und Männer, die zu diesem Thema besser geschult werden. Da ist noch eine Menge zu tun. Für die Branchen ohne Tarifverträge gilt die zentrale Forderung nach dem gesetzlichen Mindestlohn. Frauen fordern, dass der nicht branchenspezifisch sein darf. Die derzeitige Entwicklung in Richtung branchenspezifischer Untergrenzen ist gerade für die Frauenerwerbstätigkeit problematisch.

Nein, aber es ist dennoch ein richtiger und absolut notwendiger Schritt, vor allem im Pflegebereich. Von der Festlegung einer Untergrenze werden mit Sicherheit viele Frauen profitieren. Aber das Lohnniveau entspricht längst nicht den gewerkschaftlichen Forderungen. Das absolute Existenz sichernde Minimum wären nach unserer Meinung 1.300 Euro im Monat oder 7,50 Euro die Stunde. Davon sind wir weit entfernt.

Wir müssen unbedingt die Zahl der jetzt 6,5 Millionen Minijobs verringern, das ist eine unserer langjährigen Forderungen. Die Studie „Alterssicherung in Deutschland“ hat gezeigt, dass Frauen immer stärker in Minijobs gedrängt werden. Doch die sind sozialversicherungsfrei. Das heißt, die Frauen gehen zwar arbeiten, zahlen aber nichts in die Sozialkassen ein. Altersarmut ist eine gesamtdeutsche Herausforderung. Bei der Frauengeneration, die in zwanzig Jahren in Rente geht, wird die Altersarmut in Ost und West enorm ansteigen. Wir werden das Thema zum Gegenstand einer Kampagne machen. Diskutiert wird beispielsweise die Forderung, Kindererziehungszeiten noch stärker zu berücksichtigen. Allerdings gibt es hier auch große Widerstände. Viele fürchten eine „Prämie für's Kinderkriegen“.

In der Gewerkschafts-Kampagne „Ich bin mehr wert“ wird „Gleicher Lohn für gleich(-wertige) Arbeit“ gefordert. Wie können Sie sicherstellen, dass die Tarifverträge diskriminierungsfrei sind und damit zu einer gerechten Entlohnung beitragen? In vielen Bereichen gibt es keine Tarifbindung mehr – was können die Gewerkschaften dort tun?

Der Bundestag hat den Weg frei gemacht für Mindestlöhne in sechs weiteren Branchen. Reicht das aus, um Frauen in den unteren Lohngruppen abzusichern?

Frauen sind besonders von Altersarmut betroffen. Das hat mit ihren Erwerbs- und Lebensbiografien zu tun. Der Mindestlohn, also angemessene Bezahlung, wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Absicherung im Alter. Welche weiteren Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig?



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine zentrale Voraussetzung für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Welche Erfahrungen machen Männer mit den Vätermónaten? Setzt sich der DGB für sie ein?

Der DGB lässt gerade ein Institut diese „neuen Väter“ nach ihren Erfahrungen mit Arbeitgebern und Kollegen befragen. Unsere Vermutung ist, dass sie immer noch wenig Verständnis finden, dass Vorgesetzte sie vielleicht noch unterstützen, aber die Akzeptanz bei den Kollegen oft fehlt. Gesetzlich kann man da wenig machen. Es muss im Betrieb aufgeklärt und sensibilisiert werden. Das machen wir beispielsweise mit unserer Bildungsarbeit. Das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ muss stärker in die Arbeit von Betriebsräten einfließen. Aus kleinen und mittelständischen Unternehmen wissen wir, dass die Geschäftsleitungen sogar von sich aus auf die Betriebsräte zukommen. Sie möchten in der Familienphase etwas anbieten, um die Beschäftigten zu halten. Bei Großbetrieben fehlt es noch an dieser Einsicht. Das ist ein lohnendes Feld für die Gewerkschaften, hier ein neues Bewusstsein zu schaffen.

Welche Erfahrungen hat der DGB mit Gender Mainstreaming gesammelt. Wird dieses Instrument genutzt?

Durchgängig haben wir das nicht geschafft. Am weitesten ist das Verständnis für Gender Mainstreaming in der Bundesvorstandsverwaltung ausgeprägt. Da gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen. Wenn man in die Bezirke und Regionen geht, sieht es anders aus. Wir wollen die Erfahrungen kritisch auswerten und danach fragen, was wir nach zehn Jahren eigentlich in der eigenen Organisation erreicht haben. Positiv ist: Selbst bei der von Männern dominierten IG Metall ist ein Bewusstsein dafür geschaffen worden, dass man sich stärker auf Männer und Frauen beziehen muss, sei das in der Ansprache, bei Konzepten oder in der Werbung. Es verändert sich also etwas, aber alles dauert unglaublich lange.

Die Fragen stellten
Anne Seyfferth (links)
und Nora Langenbacher



Girls' Day 2008 in Bonn

Katharina Oerder: „Wir können doch alles werden was wir wollen“

14 bis 15 Jahre alt waren die 60 Schülerinnen aus Bonner Gymnasien und Gesamtschulen, die temperamentvoll und engagiert schwierige Fragen diskutierten.

Eine Gruppe von 60 Mädchen einen Tag lang in Schach halten zu müssen, hatte ich mir nicht leicht vorgestellt. Doch die Mädchen waren eher zurückhaltend als laut und haben konzentriert mitgearbeitet. Ob das mit 60 Jungs auch so einfach gewesen wäre? Als ich die ersten Fragen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau stellte, wirkten einige der Mädchen eher befremdet als interessiert. „Wir können doch alles werden was wir wollen!“, sagte ein Mädchen. Ambitioniert und zum Teil außergewöhnlich waren die Berufswünsche: Psychologin, Juristin, Entwicklungshelferin, Managerin, aber auch TätowiererIn. Auffallend waren Zuversicht und Selbstvertrauen, sicherlich ein Erfolg der Frauenemanzipation. Wie aber geht es weiter mit diesen ehrgeizigen jungen Mädchen, wenn sie die Schule verlassen, an die Uni gehen oder ins Berufsleben einsteigen? Dass Frauen im Durchschnitt noch immer ein Viertel weniger verdienen als Männer, hatten die wenigsten gewusst. Und wenn Frauen alles werden können, warum sind dann trotzdem fast nur Männer in Spitzenpositionen?

Engagierte Frauenrechtlerinnen, die den Mädchen während einer Führung durch das Archiv der Sozialdemokratie und in einem kleinen Film über Frauen in der Politik vorgestellt wurden, waren nicht allen ein Begriff. In verschiedenen Workshops wurden Themen wie Aufstiegs- und Karrierechancen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Lebensmodelle von Frauen diskutiert. Es ging dabei



Katharina Oerder, FES-Stipendiatin und Bonner Jus-Vorsitzende hat den Girls' Day 2008 moderiert.

um die eigenen Zukunftswünsche der Mädchen: Einen interessanten Job haben, in dem ich viel Geld verdiene, eine große Familie gründen und viel reisen – wie mache ich das überhaupt? An diesen Themen wurde engagiert gearbeitet. In der Abschlussrunde konnten die Teilnehmerinnen mit tollen Ergebnissen mit zum Teil künstlerischer Darstellung punkten. Viele nahmen die Erkenntnis mit nach Hause, dass Ungerechtigkeiten zu erkennen manchmal fast genauso schwierig ist wie die Möglichkeit, etwas zu verändern. Das Fazit: „In der Schule ist ja noch alles okay, aber später wird es schwierig. Deutschland ist gar nicht dafür geschaffen, dass Frauen Karriere machen. Wegen mangelnder Kinderbetreuung und so.“

Care-Arbeit oder: Was ein vorsorgender Sozialstaat tun muss, damit Männer und Frauen im Alter gut leben können

Der „Care“-Begriff umfasst in der feministischen Diskussion bezahlte und unbezahlte Arbeit, die in der Fürsorge für Abhängige (sei es wegen Alter, Krankheit oder Behinderung) besteht. Umfang und Art der Care-Arbeit werden politisch gesteuert. Dabei wird entschieden über die private oder öffentliche Verantwortung, über die Frage, was wird bezahlt und was nicht, und über die Rechte der „care giver“ (Pflegerinnen) und der „care receivers“ (Gepflegten).

In allen Parteiprogrammen gibt es viele Aussagen zur Gestaltung der Betreuungsarbeit für Kinder, aber kaum Aussagen über jene für Pflegebedürftige. Andererseits weisen die Gewerkschaften durch Kampagnen auf einen neuen Pflegenotstand hin (verdi: „Uns reicht es!“). Auf der politischen Ebene aber werden wie in der Vergangenheit vor allem Veränderungen in der Pflegeversicherung diskutiert. Für ExpertInnen liegt die Problematik im deutschen Care-System vor allem darin, dass die jeweiligen InteressenvertreterInnen aus der Pflege,

aus den Sozialversicherungen, aus den Trägern usw. die Debatte bestimmen. Es fehlt eine umfassende Vision und ein von der Politik getragenes Konzept zur Gestaltung der Pflegearbeit in der Zukunft.

Das heutige Care-System in Deutschland ist fragil und wird in Zukunft noch fragiler werden. Folgende Tendenzen tragen dazu bei:

- Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen in jedem Alter. Dadurch wird sich das Problem der Doppelbelastung durch Pflege und Erwerbsarbeit immer stärker stellen.
- Die zunehmenden Anforderungen an Mobilität und Flexibilität in der Erwerbsarbeit, die eine tagtägliche Betreuung von Pflegebedürftigen an einem Ort und zu bestimmten Zeiten immer unmöglicher machen.
- Die niedrige Geburtenrate und die Zunahme Kinderloser. Dies wird dazu führen, dass private Pflegearbeit auf Grund familiärer Bindungen nicht mehr garantiert werden kann.
- Die Bedeutung der Ehe als Unterhaltssystem nimmt ab. Finanzielle Unterstützung von PartnerInnen ein Leben lang ist nicht mehr garantiert und damit schwindet auch die Sicherheit, dass private Pflegearbeit durch ehelichen Unterhalt finanziert wird.
- Das Anwachsen der Anzahl der Pflegebedürftigen. Bis 2020 wird es eine Million mehr Menschen geben, die regelmäßige Pflege brauchen.

Ökonomische Perspektiven spielen bis heute kaum eine Rolle, wenn über Pflegearbeit diskutiert wird. Feministische Ökonomen haben diese Blindheit der traditionellen Ökonomie immer schon beklagt. Die Besonderheiten der Care-Arbeit liegen darin, dass im Gegensatz zu industrieller Produktion und vielen Dienstleistungen persönliche Beziehungen hergestellt werden. Diese Arbeit unterliegt also einer besonderen Logik. Ihre Produkti-



Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt präsentiert die FES-Studie: „Gender in der Pflege“ von Prof. Dr. Gertrud Backes (rechts). Links Dr. Barbara Stiegler, Leiterin des Arbeitsbereichs Frauen- und Geschlechterpolitik

vität muss anders definiert werden als bei der Produktion von Wirtschaftsgütern. In der privaten Pflegearbeit polarisieren und hierarchisieren sich die Lebenslagen über die Geschlechtszugehörigkeit.

Sie basieren auf dem Ernährermodell geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Lebensläufe. Die dadurch bedingte relative Armut und finanzielle Abhängigkeit setzt sich im Fall der Pflege von Angehörigen fort.

Die private Pflegearbeit wird überwiegend von Frauen geleistet:

- Frauen pflegen häufiger als Männer. Die familiäre Verpflichtung als Partnerin, als Tochter oder Schwiegertochter ist stärker als die der Männer, die allenfalls Partner pflegen.
- Frauen geben ihre Erwerbsarbeit zugunsten der Pflege von Angehörigen eher auf als Männer. Männer betreiben eher ein Pflegemanagement.
- Frauen arbeiten eher Teilzeit, um Erwerbsarbeit und Pflegearbeit vereinbaren zu können.
- Aufgrund des höheren Lebensalters des Partners und dessen niedrigerer Lebenserwartung ist für Frauen die Wahrscheinlichkeit viel höher, dass sie bei Pflegebedürftigkeit alleine leben und nicht auf einen pflegenden Partner rechnen können, wie dies umgekehrt eher der Fall ist.

Die Professionen im Rahmen der Pflege sind typische Frauenberufe und damit

- unterliegen sie einer unsystematischen Ausbildungsordnung,
- sind es Sackgassenberufe ohne Aufstiegsmöglichkeiten,
- leiden sie unter einer relativen Unterbewertung bei Lohn und Gehalt,
- haben sie kurze Verweildauern bei den Beschäftigten,
- haben sie häufig prekäre Beschäftigungsformen,
- zeichnen sie sich durch ein hohes Burn-out aus.



Der FES-Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik hat 2008 ein längerfristiges Projekt zur Care-Arbeit für Pflegebedürftige begonnen. Zunächst ging es um Struktur, Umfang sowie die Lebenslage derer, die pflegen und derer, die gepflegt werden. Die Studie „Gender in der Pflege“ von Prof. Dr. Gertrud Backes vom „Zentrum Altern und Gesellschaft“ der Universität Vechta wurde während eines Workshops mit Gewerkschaften, ExpertInnen und PolitikerInnen diskutiert. In einem dritten Schritt geht es nun um die künftige Umgestaltung der privaten Care-Arbeit. Leitbild dabei sollte sein: Jeder und jede hat ein Bürgerrecht auf Pflege. Das bedeutet, dass es ein Recht gibt zu pflegen, aber auch gepflegt zu werden. Die Ausübung dieses Rechts darf nicht in die Armut und nicht zu einer existenziellen Abhängigkeit zwischen Partnern führen. Es muss ein Recht auf professionelle Fürsorge (und Wahlmöglichkeiten bei der Form dieser Fürsorgearbeit) geben. Alle Rechte müssen unabhängig vom finanziellen Vermögen und vom Geschlecht realisiert werden können. Die politischen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen dieser Positionen werden in Zukunft zur Diskussion gestellt.

Erfahrungen aus Mexiko

Gewerkschaften: attraktiver durch Genderarbeit

Genderarbeit kann dazu beitragen, interne Gewerkschaftsstrukturen zu modernisieren und zu demokratisieren und sie kann Gewerkschaften für die globalen Herausforderungen fit machen. Das ist in Lateinamerika und anderen Kontinenten immer wieder die Erfahrung aus der Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eines der wichtigsten Themenfelder in Mexiko ist die Förderung der Geschlechtergleichheit in der Arbeitswelt. Warum?

Hinsichtlich der Geschlechterrollen befinden sich die meisten Länder Lateinamerikas im Wandel. Vor dem Gesetz sind Frauen und Männer zwar seit geraumer Zeit gleichgestellt. Die Realität sieht allerdings anders aus, ganz besonders auf dem Arbeitsmarkt. Mexikanische Frauen haben sich in den letzten 50 Jahren einen quantitativ weit größeren Anteil am Arbeitsmarkt erkämpft. Die Umbrüche in der mexikanischen Wirtschaft seit den 1980er Jahren haben jedoch zu einer Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt geführt, von der wiederum vor allem Frauen betroffen sind. Sie verdienen im Durchschnitt 35 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen und arbeiten über-

proportional in ausbeuterischen Industriezweigen, in denen es kaum gewerkschaftliche Repräsentanz gibt.

Die größere Teilhabe am mexikanischen Arbeitsmarkt hat nur begrenzt zu mehr Mitsprache der Arbeitnehmerinnen in den mexikanischen Gewerkschaften geführt. Hier dominieren weiterhin männliche Machtstrukturen und männliche Denkmuster. Gewerkschaften bilden in dieser Hinsicht übrigens keine Ausnahme in Mexiko: Die politische Kultur und die Institutionen sind durch männliche Loyalitätsbeziehungen geprägt und versperren Frauen häufig den Weg in die Politik oder in höhere Positionen.

Modernisierung durch Gender

Nicht umsonst ist die Legitimationskrise der Gewerkschaften in Mexiko auch aus der Marginalisierung der Frauen durch diese Organisations- und Machtstrukturen abzuleiten. Frauen hatten und haben noch immer geringe Chancen, in den männlich dominierten Gewerkschaftsstrukturen Führungsrollen zu übernehmen. Häufig sind diese Strukturen auch autoritär und intransparent. Frauen treffen auf Widerstand, wenn sie versuchen, Themen wie Diskriminierung am Arbeitsplatz oder ungleichen Lohn innerhalb ihrer Organisationen zu diskutieren. Für die FES-Arbeit in Mexiko gilt daher: Spezifische Genderarbeit hilft nicht nur den Arbeitnehmerinnen, sondern sie leistet einen sehr konkreten Beitrag zur soziopolitischen Modernisierung verkrusteter Gewerkschaftsapparate.

Es geht nicht nur darum, rein quantitativ durch Frauenquoten eine nur scheinbare Gleichstellung in den Gewerkschaften zu erreichen. Vielmehr ist es unabdingbar, dass die gewerkschaftlich aktiven Frauen einen eigenen Führungsstil entwickeln anstatt sich an den etablierten Führungsstrukturen männlicher Gewerkschafter zu orientieren.



Ein konkretes Beispiel ist die Zusammenarbeit mit dem Dachverband Unión Nacional de Trabajadores (UNT) und dem Netzwerk der Gewerkschafterinnen (Red de Mujeres Sindicalistas). Die FES berät, sie verstärkt Kompetenz durch Weiterbildungsangebote und capacity building und hilft, übergreifende Netzwerke auszubauen. Die eigens für Frauen organisierten Seminare und Workshops dienen dazu, einen Raum zur Reflexion zu bieten und eigene Politiken zu definieren. Damit Frauenförderprogramme nicht nur als wenig relevante Parallelstrukturen fungieren, sind Gendertrainingsprogramme und Gender Mainstreaming-Konzepte notwendig. Nur so können Frauen und Männer gemeinsam an neuen Strategien und einem gendersensitiven Perspektivwechsel arbeiten.

Gewerkschaftliche Netzwerke

Das Resultat der Beratungsarbeit mit der UNT ist relativ konkret. Auf dem Jahreskongress wurde Gender Mainstreaming als Grundsatzprinzip der UNT anerkannt. Man beschloss, eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die über die Umsetzung des Konzepts nachdenken wird. Durch einen Wechsel der Strategie gelang es, die Männer zu überzeugen. Statt nachdrücklich auf Frauenförderung zu pochen, wurden die Vorteile von Gender Mainstreaming für die zukünftige Entwicklung des Gewerkschaftsverbandes in den Vordergrund gestellt. Diese „Imagekampagne“ kam auch bei den Männern gut an.

In der FES-Projektarbeit spielt die gendersensible Bearbeitung arbeitsrechtlicher Fragen eine große Rolle. Die Mehrheit der Tarifverträge in Mexiko sind „simulierte Tarifverträge“ im Interesse des Arbeitgebers. In fast keinem Tarifvertrag gibt es genderspezifische Klauseln. So fehlen zum Beispiel Regelungen für schwangere Frauen am Arbeitsplatz. Nur in seltenen Fällen verpflichtet sich ein Betrieb zu ihrer Unterstützung, etwa durch ver-



kürzte Arbeitstage, durch verlängerte Pausenzeiten oder Krippenplätze. Die gewerkschaftliche Mitarbeit von Arbeiterinnen wird nur in zwei mexikanischen Tarifverträgen gefördert. Immer wieder finden sich auch ungesetzliche Klauseln, die Arbeitnehmerinnen auf Grund ihres Geschlechts diskriminieren oder die Versammlungsfreiheit – und damit die Gewerkschaftsfreiheit – einschränken.

Die Genderarbeit hat weitreichende Bedeutung für die Gewerkschaftsarbeit vor Ort. Erst wenn sich die mexikanischen Gewerkschaften auch ganz gezielt in Interessengruppen für die Belange der Arbeitnehmerinnen verwandeln, können sie neue Mitglieder an sich binden. Noch wichtiger aber ist: Nur durch innovative und demokratische Ansätze in den strategisch wichtigen Bereichen wie Organisation des informellen Sektors, Fragen von Migration und Arbeit, Arbeitsrecht werden sie eine höhere Legitimität und damit auch größeren politischen Einfluss entwickeln können.

Berlin

Mehr Chancen für Frauen in der Privatwirtschaft

Frauen sind in der Privatwirtschaft noch immer nicht gleichgestellt. Daran hat sich auch im siebten Jahr nach Unterzeichnung der „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Privatwirtschaft“ nicht viel geändert. Die dritte Bilanz dieser Vereinbarung hat zahlreiche Benachteiligungen aufgelistet. Deutschland befindet sich im europäischen Vergleich auf den hinteren Plätzen. Ein Beispiel von vielen: Von den Aufsichtsräten der 200 größten Unternehmen in Deutschland sind nur 7,8 Prozent Frauen. Ein Workshop des Forums Politik und Gesellschaft für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte suchte nach Wegen, um diese Situation zu verbessern.

Mentoring sei ein wichtiges Instrument, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Entscheidend sei aber, die männlichen Vorstände so zu sensibilisieren, dass sie Frauenförderung zur Chefsache machen. Die hohen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen seien nicht länger akzeptabel, war einhellige Meinung. Eine der Ursachen sei die unterschiedliche Eingruppierung von Frauen und Männern in den Betrieben, so Claudia Menne vom DGB-Bundesvorstand. Es sei aber Aufgabe der Gewerkschaften, bei der Ausgestaltung von Tarifverträgen für Diskriminierungsfreiheit zu sorgen. Gefordert wurde zudem ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Managerkreis NRW

Chancen selbstbewusst nutzen

„Wie bekommen wir mehr Frauen in Führungspositionen?“ Darüber diskutierte der Managerkreis der FES, Regionalgruppe Nordrhein-Westfalen, mit Hannelore Kraft, der SPD-Landesvorsitzenden in NRW. Sinnvolle Trainingsmethoden, aber natürlich auch die wachsende Erfahrung haben ihr geholfen während ihrer Karriere, erzählte sie und

meinte damit vor allem den Umgang mit der enormen zeitlichen Belastung. Ob junge Frauen in Führungspositionen, ob erfahrene Manager, alle machten sie während der Diskussion den Frauen Mut, ihre dank guter Ausbildung größer gewordenen Chancen in der Arbeitswelt auch selbstbewusst zu nutzen.

Brüssel

Frauen, Karriere und gläserne Decke

Die Europäische Gleichstellungspolitik begann bereits 1957 mit dem Grundsatz der Lohngleichheit in den Römischen Verträgen. Inzwischen gibt es zahlreiche EU-Rechtsvorschriften zum Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Ausbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf usw. Diese Themen standen im Mittelpunkt eines Seminars des FES-Büros in Brüssel mit dem Thema: „Frauen, Karriere und gläserne Decke“.

Die Teilnehmerinnen aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft waren sich einig, dass es immer noch Handlungsbedarf gibt und nannten die zentralen Probleme: Lohngefälle zwischen Frauen und Männern, ungleiche Verteilung der familiären Arbeit, Unterrepräsentation der Frauen in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen. Während des Seminars wurden europäische Ansätze zur Förderung von Frauen vorgestellt und kritisch diskutiert. Das Fazit: Europa leistet zwar einen positiven Beitrag zur Chancengleichheit. Eine vollständige Gleichheit zwischen Frauen und Männern sei aber nach wie vor „eine politische und rechtliche Baustelle“.



Ukraine

Traditionelle Geschlechterstereotypen

Traditionelle Geschlechterstereotypen herrschen in der Ukraine auch nach den politischen Umbrüchen der zurückliegenden beiden Jahrzehnte weiterhin vor.

Traditionelle Rollenzuweisungen für Männer und Frauen prägen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. In Unternehmensverbänden und Gewerkschaften haben weitgehend nur Männer das Sagen. Diskriminierender Sexismus etwa in der Werbung wird immer noch kaum als Problem angesehen. In diesem Umfeld hat das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew seine genderbezogene Projektarbeit auch 2008 weiter intensiviert. Im Mittelpunkt stehen dabei:

- Gendertraining für Männer und Frauen aus den ukrainischen Gewerkschaften;
- Problematisierung von diskriminierendem Sexismus in der Werbewirtschaft und die Unterstützung von Sensibilisierungskampagnen in Kommunen, Bildungseinrichtungen und politischen Organisationen;
- Unterstützung des Monitoring der staatlichen Gleichstellungs- und Genderpolitik durch die Netzwerke nichtstaatlicher Organisationen.

2008 war das Gendertraining für ukrainische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein Arbeitsschwerpunkt. Die FES kooperiert hier mit einem neuen postsowjetischen nationalen Dachverband, der neue Strömungen der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung versammelt und der dem für die Ukraine immer noch ungewohnten Konzept – keine herkömmlichen Frauenseminare – aufgeschlossen gegenübersteht. Daneben haben sich zwei Branchengewerkschaften aus dem größten nationalen Dachverband bewährt: die Atomgewerkschaft, welche die Interessen der Beschäftigten in der ukrainischen Atomenergiewirtschaft vertritt (darunter die weiterhin über 3.000 Be-



schäftigten im stillgelegten AKW Tschernobyl) und besonders die Gewerkschaft der Beschäftigten der ukrainischen Rüstungswirtschaft (die Ukraine war in der früheren Sowjetunion ein Zentrum der – heute schrumpfenden – Rüstungsindustrie).

Typisch für diese Arbeit mit den Gewerkschaften ist das Seminar „Gleichstellungsrechte und Gewerkschaften“ mit der Rüstungsgewerkschaft im Oktober 2008, an dem sogar der Gewerkschaftsvorsitzende sich die gesamten zwei Tage als ganz normaler Teilnehmer beteiligte: In der ukrainischen Industrie stehen Frauen als Gewerkschaftsvertreterinnen meistens männlichen Vorgesetzten auf Betriebs- oder Werksebene gegenüber. Geschlechterstereotypen, persönliches Verhalten und Körpersprache sind von großer Bedeutung für Erfolg und Misserfolg der Interessenvertretung. Das alles besser zu beherrschen und selbst umzusetzen, damit gleichberechtigte und demokratische Handlungsweisen zu praktizieren, ist somit auch von Interesse für eine aufgeschlossene Gewerkschaftsführung.

Südosteuropa

Viele kleine Schritte zur Selbsthilfe

Es ist kein Geheimnis, dass die schnellen und zum großen Teil ungeordneten wirtschaftlichen Umwälzungsprozesse in den Transformationsländern besonders die Frauen getroffen haben und wohl auch künftig besonders betreffen. Dabei ist es auch in Süd-Ost-Europa so, dass Frauen im Durchschnitt über bessere Qualifikationen verfügen und zudem häufig wesentlich flexibler mit neuen Umständen umgehen als Männer.

Dies zeigen sie ein aufs andere Mal in gemeinsamen Maßnahmen mit dem Regionalprojekt „Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in Süd-Ost-Europa – SOE“. Die FES arbeitet seit einigen Jahren intensiv mit Frauen der Gewerkschaften zusammen. Denn auch die Gewerkschaften ließen das Thema „Frauen in der Arbeitswelt“ bisher links liegen. Dabei gibt

es viele gute/schlechte Gründe, gerade für Frauen neue Möglichkeiten innerhalb der Interessenvertretungen zu entwickeln. Nirgendwo in Europa haben wir ein solch großes Interesse an Trainings zum Thema Mobbing erlebt wie auf dem Westbalkan. Aber die Frauen wollen sich nicht nur wehren, sondern sie wollen neue Wege entwickeln, um sich selbst aus der Misere auf dem Arbeitsmarkt zu befreien. So wurde eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, auf denen interessante Konzepte von Kooperativen für Frauen und andere benachteiligte Gruppen diskutiert wurden. Und einiges davon ist schon auf dem Weg in die Praxis. Das sind eher viele kleine Schritte zur Selbsthilfe, die aber schon Früchte tragen.



„Nutzt die Abfindung zur Schaffung eigener Arbeit“ ist ein solches Arbeitsthema, mit dem sich Gewerkschafterinnen in Südserbien seit längerer Zeit befassen. Dabei können die Frauen in Serbien durchaus schon auf einige Erfolge und gute Beispiele zurückblicken, denn sie haben in Kooperativen schon nachhaltige Arbeitsplätze für sich schaffen können. Diese Kooperativen arbeiten zu meist im Sozial- und/oder Dienstleistungssektor.

Und das Thema „Mobbing am Arbeitsplatz – wie können wir uns wehren?“ wird mit FES-Hilfe seit mehreren Jahren gleich auf der regionalen Ebene mit Frauen aus den Ländern Ex-Jugoslawiens behandelt. Herausgekommen sind dabei Trainings und Hilfsmaterialien, wie frau sich wehrt, oder auch interne gewerkschaftspolitische Initiativen,

die Rechte der Frauen stärker in den Mittelpunkt der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit zu rücken. Mittlerweile gibt es in immer mehr Gewerkschaften funktionierende Frauensektionen, morgen können diese vielleicht auch aktiv zu wichtigen und notwendigen Kursänderungen der Gewerkschaftsarbeit beitragen, wie z.B. eine stärkere Orientierung auf den privaten Dienstleistungssektor oder die Klein- und Mittelunternehmen – Sektoren, in denen Arbeitsplätze geschaffen werden (können) und in denen in der Mehrzahl Frauen tätig sind.



„Mobbing am Arbeitsplatz – wie können wir uns wehren?“ wird mit FES-Hilfe seit mehreren Jahren gleich auf der regionalen Ebene mit Frauen aus den Ländern Ex-Jugoslawiens behandelt.

„Die Frauen wollen mitreden“

Gespräch mit Herta Däubler-Gmelin, MdB

Die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe ist auch im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung unterwegs, 2008 vor allem in Afrika und China. Ihre Bewunderung gehört den Frauen, die in Extremsituationen für das Überleben ihrer Familien kämpfen. Sie sind politisch kritischer als der „Ersten Welt“ bewusst ist.



Gibt es in Afrika eine weibliche Elite in Politik und Gesellschaft, die an der Veränderung der Verhältnisse arbeitet?

Es gibt viele aktive Frauen, starke Frauen, die alle auf eine Veränderung ihrer häufig schlimmen Lebensbedingungen hinarbeiten. Frauen produzieren die meisten Nahrungsmittel in Afrika. Frauen sind am häufigsten und schlimmsten von HIV/AIDS betroffen. Frauen haben die höchsten Analphabeten-Raten. Frauen werden häufig Opfer von Gewalt, vor allem auch sexueller Gewalt. In Kriegen, Bürgerkriegen, Konflikten, aber auch im scheinbar normalen Leben. Da muss vieles verändert werden. In Ländern, in denen die Frauen mitreden dürfen, tun sie das. In den anderen Ländern setzen sie sich sehr für ihre Töchter und auch für mehr Schulunterricht ein.

Spielen Gender-Debatten eine Rolle? Wie weit gibt es bei den Männern die Bereitschaft, Macht und Verantwortung zu teilen?

Gender-Debatten gibt es. Aber zu wenig. In Ländern mit hohem Entwicklungsstand finden wir sie. Da, wo sie am nötigsten wären, kaum. Ich war im Herbst 2008 in Äthiopien. Dort steht sogar in der Verfassung, dass Frauen einen gerechten Anteil an den Produktionsmitteln, an der politischen Macht und am Einfluss in der Gesellschaft haben müssen. Aber es gibt kaum weibliche Minister, Professoren, Manager. Das ärgert immer mehr Frauen. Immerhin gehen jetzt die meisten Mädchen zur Schule – das ist ein wichtiger Ausgangspunkt für Veränderungen.

In vielen afrikanischen Ländern liegt die Verantwortung für den Alltag allein oder überwiegend bei den Frauen. Entwicklungshilfe aber, so die immer wieder gehörte Kritik, scheint immer noch stark von männlichen Bedürfnissen geprägt zu sein?

Nun ja, am wichtigsten in der Entwicklungskooperation sind ja die Millenniumsziele mit der Forderung nach Überwindung von Armut, Elend und Hunger. Gerade die Bedürfnisse der Frauen werden dort sehr betont. Unsere Entwicklungskooperation berücksichtigt das durchaus: Schulen und Ausbildung, Zugang zu Wasser, Erleichterung des Anbaus von Nahrungsmitteln, Gesundheitsmaßnahmen und Hospitäler gerade auch für vergewaltigte Frauen gehören in diesen Bereich. Es gibt sicherlich auch schlechte Beispiele. Aber unsere Entwicklungskooperation ist hier sehr gut.

Frieden, Sicherheit vor ständigen Massenvergewaltigungen, die niemand strafrechtlich verfolgt. Und sie wollen, dass ihre Kinder in die Schule gehen können und so die Chance bekommen, irgendwann einmal ein Leben in Würde führen zu können. Die haben sie heute nicht. Und die Frauen in den Lagern wollen mitreden, sie wollen endlich ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Ich habe dort großartige, tapfere Frauen getroffen.

Sie können in jeder wirklich effizienten und mutigen Menschenrechts-Kommission Frauen finden. Das gilt für Kenia, aber auch für Südafrika. Auch die ersten Anklägerinnen am Rwanda- und Jugoslawien-Gerichtshof waren Frauen. Und die heutige Hochkommissarin für Menschenrechte ist eine Afrikanerin aus Südafrika. Das beeindruckt mich. Und die Frauen, die sich etwa im Hospital in Panzi im Ost-Kongo um die vergewaltigten und seelisch zerstörten Mädchen und Frauen kümmern. Und die vielen Frauen, die seit Jahren in den Lagern in Darfur und im Tschad versuchen, lesen zu lernen und Ihnen auf die Frage, warum sie das tun, die Antwort geben: Damit wir endlich mitreden und mit für den Frieden sorgen können.

China ist in weiten Bereichen sehr gut, was Frauenfragen angeht. Jedenfalls in den Städten. Da finden Sie Frauen überall – bisweilen könnte man neidisch werden: In der Wirtschaft, an den Universitäten, überall haben Frauen die gleichen Chancen. Auf dem Land, in den noch stark traditionellen Bereichen, sieht das anders aus. Auch in den höchsten Entscheidungsgremien der Partei treten die Frauen nicht sehr in Erscheinung. Ganz offensichtlich haben Frauen auch in China noch sehr vieles zu verändern und für sich durchzusetzen.

Das chinesische Arbeitsgesetzbuch kann man insgesamt schon als erheblichen Fortschritt ansehen. Auf dem Papier ist das prima. Und Unterschiede zwischen Männern und Frauen gibt es da auch nicht. Allerdings gibt es jetzt Verordnungen, die den Fortschritt stark relativieren, sogar umdrehen wollen. Aus unserer Sicht werden die Arbeiterinnen sehr schlecht bezahlt – allerdings sind ihre Chancen viel besser als auf dem Land. Da haben sie keine. Ich habe bisher kaum etwas von Diskussionen über das ausbeuterische Verhalten westlicher Unternehmen gegenüber den Frauen bemerkt, kann mir jedoch nicht vorstellen, dass Frauen auch in der Praxis den gleichen Lohn wie Männer bekommen.

Sie waren mehrmals in Darfur. Was sind die dringendsten Wünsche und Forderungen der Frauen?

Es gibt in Afrika viele Frauen, die couragiert für Menschenrechte kämpfen. Wer hat Sie besonders beeindruckt?

Ihr zweiter Schwerpunkt ist China. Auf dem Papier herrscht dort absolute Gleichberechtigung. Wie sieht es in der Praxis aus?

Wie steht es mit der Lohngerechtigkeit? Ist die Ausbeutung der Arbeiterinnen durch westliche Unternehmen ein Thema?

Gender auf die Agenda der Entwicklungszusammenarbeit

Es war auch das Verdienst der FES, dass während der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha Genderthemen prominent diskutiert wurden. Während einer vorbereitenden internationalen Fachtagung in Bonn wurden die Themen Nationale Ressourcen, Handelsbeziehungen und staatliche Entwicklungshilfe eingehend analysiert, die auch während der Doha-Konferenz diskutiert werden sollten.

Einigkeit herrschte darüber, dass gleichstellungsorientierte Haushaltspolitik (Gender-Budgeting) zu erhöhtem Wachstum führt. Als Beispiel dienten Programme zur Kreditvergabe an Frauen. Untersuchungen bestätigen inzwischen, dass Frauen einen höheren Anteil des von ihnen erzielten Einkommens für ihre Familien ausgeben als Männer. Diskutiert wurde im Vorfeld von Doha auch ein neuer Ansatz – neben den Krediten für Frauen: nämlich

soziale Sicherungssysteme für die Ärmsten, die speziell armen Frauen und ihren Kindern zu gute kommen könnten.

Während der Doha-Konferenz wurde lebhaft über die Folgen von Handels-Liberalisierungen debattiert. In dem von der FES organisierten und moderierten Panel wurde vor „gender-blinden“ Liberalisierungen gewarnt. Sie führten zu einem Anstieg der informellen Arbeitsplätze ohne Job- und Einkommensgarantien. Die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich, es gebe wenige oder überhaupt keine Arbeitnehmerrechte. Als positives Gegenbeispiel wurden Erfahrungen aus Kambodscha genannt: Dort hätten Quotenregelungen und die garantierte Einhaltung von Arbeitsstandards zu einem Anstieg von Beschäftigung und Export geführt.



Diese positive Entwicklung sei regelmäßig in Entwicklungsländern zu beobachten, wenn wirtschaftliche Initiativen von Maßnahmen zur Armutsminderung, zur Förderung von Umweltstandards und zur Gleichstellung begleitet werden.

Geschlechter-Gleichstellung in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit führt, so die Teilnehmer der Doha-Konferenz, zu vielen positiven Effekten: Solche Hilfen (vor allem zur Förderung der sozialen Sicherheit) reduzieren den Druck auf die Frauen, unbezahlt zu arbeiten, um das Überleben der Familie zu sichern. Die Chancen auf bezahlte Arbeit steigen, wenn folgende Hilfen geleistet werden:

Der Bau von Straßen und Zugang zu sauberem Wasser verbessert die Lage von Frauen und Kindern ganz direkt, spart Zeit und fördert die Gesundheit. Der indirekte Effekt ist auch nicht zu unterschätzen. Der Zugang zu gesunder Ernährung wird einfacher. Kinder können eher eine Schule besuchen.

Direkte Kreditvergabe an Frauen verringert die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten, erleichtert die Anschaffung moderner Technologien und verbessert dadurch wiederum Produktivität und Einkommen.

Festlegung von Kernbereichen für Entwicklungen, die heimischen Unternehmen bei der Produktion von wissensintensiven Gütern helfen und so neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Unterstützung von Kleinbauern durch Forschung, die zur Verbesserung der Ernteerträge führt und damit zu einer Steigerung von Produktivität und Einkommen.

Im Abschlussprotokoll wird nochmals die Unverzichtbarkeit von Genderstrategien für die wirtschaftliche Entwicklung betont. Wörtlich heißt es unter anderem:

„Gendergleichheit und Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen sind grundlegend, um eine gerechte und wirksame Entwicklung zu erreichen und die Wirtschaft zu fördern. Wir beteuern nochmals, gender-basierte Diskriminierung in all ihren Folgen zu bekämpfen, sowohl im Arbeits- als auch im Finanzsektor sowie bei den Vermögens- und Eigentumsrechten. Wir wollen die Rechte der Frauen, einschließlich ihrer wirtschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten, fördern und Gender in Gesetzesreformen und ökonomischen Programmen etablieren und Frauen uneingeschränkten, gleichberechtigten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen ermöglichen. Wir wollen Gender-Budgeting fördern und verstärken.“





Die Wiederentdeckung der Frau – Gleichstellung als kluge Wirtschaftspolitik?

Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist unverzichtbar für Demokratie und Menschenrechte. Sie hat aber auch gute ökonomische Gründe. Die ungleiche Behandlung von Männern und Frauen kostet die Weltwirtschaft jährlich Milliarden.

Die Weltbank hat dieser Erkenntnis mit ihrem Gender-Aktionsplan Rechnung getragen, und auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit erkennt zunehmend die Bedeutung von Instrumenten zur wirtschaftlichen Integration von Frauen. Parallel dazu muss aber auch das internationale Handelsregime den Produzentinnen aus dem Süden Zugang zu den Märkten im Norden gewähren.

Diesen Zusammenhang von „Gleichstellung als kluge Wirtschaftspolitik“ thematisierte im Oktober 2008 in Bonn eine Konferenz mit ExpertInnen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Zu Beginn der Veranstaltung stellte die frühere Vorsitzende der KfW Entwicklungsbank, Ingrid Matthäus-Meier, den Gender Action Plan der Weltbank vor. Am Beispiel der vier Aktionsfelder wurde diskutiert, inwieweit dieser Plan zum Abbau von weiblicher Armut und mehr Wachstum der Wirtschaft beitragen kann, und welches die Rahmenbedingungen sind, damit es gelingt.

Am Beispiel von China und Indien überprüfte die bekannte Publizistin Christa Wichterich, inwieweit Welthandel und Weltmarktintegration dazu beiträgt, bessere Berufs- und Einkommenschancen für Frauen zu schaffen und Gender-Ungleichgewichte zu beseitigen. Für beide Länder ergab die Analyse, dass zwar neue Jobs und damit auch neue Chancen für Frauen entstanden sind, allerdings vor dem Hintergrund einer extrem ungleichen Verteilung von Einkommen innerhalb der Gesellschaft generell, aber auch zwischen Frauen.

Mit der Bedeutung von Kleinkrediten für Frauen als Beitrag zu Entwicklung befasste sich der dritte Beitrag von Ulrike Chini von OIKO Kredit. Sie können ein Beitrag zum Erwerb von Qualifikationen, zur Einkommenssicherung, Bildung und Gesundheit, Erhöhung der Kaufkraft, mehr Arbeitsplätzen und der Förderung regionaler Wirtschaft sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören professionelle Mikrofinanzierungsinstitute, ein ganzheitlicher Ansatz, d.h. Kredit als ein Element der Entwicklungsarbeit, Training und Beratung, Partizipation der Kreditnehmerinnen und die Bereitstellung weiterer Finanzdienstleistungen.

Im letzten Abschnitt stand die Frage im Mittelpunkt, ob ökonomisches Empowerment zur Erreichung der Millenniumsziele beitrage und in welchem Ausmaß. Marita Steinke, Referatsleiterin im BMZ, hob hervor, dass der Blick auf diese Ziele noch einmal deutlich gemacht habe, wo die Benachteiligungen in den einzelnen Bereichen liegen und dass Indikatoren entwickelt wurden, die die Umsetzung der Ziele messen. Auch Instrumente wie der Gender Action Plan der Weltbank und regionale Ansätze wie das Maputo- und das SADC-Protokoll dienen dazu, die Ziele zu erreichen. Allerdings muss ökonomischer Wandel mit gesellschaftlichem Wandel einhergehen, damit z.B. fehlende Eigentumsrechte und Landrechte ökonomisches Empowerment nicht verhindern.



Wem gehört Entwicklung?

„Gender ist Development“, so zitierte die stellvertretende UNIFEM-Direktorin Barbara Adams den Botschafter von Tansania während der gemeinsamen Konferenz von FES und Womnet in Bonn. Thema war: „Wem gehört Entwicklung? Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation und Ownership in der neuen Entwicklungsarchitektur.“

Internationale Expertinnen aus Europa, Asien, Amerika und Afrika diskutierten im Vorfeld der Konferenz von Accra, Ghana, über die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe aus Gender-Perspektive. Mit der sogenannten Pariser Erklärung zur Wirksamkeit der Hilfe soll Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit durch mehr Eigenverantwortung der Partnerländer, aber auch durch eine stärkere Ausrichtung der Hilfe auf deren Bedürfnisse und Interessen erreicht werden. Betont wurde in der Pariser Erklärung auch die Notwendigkeit zu größerer Transparenz und zur Harmonisierung der Geberaktivitäten.

Die zentrale Fragestellung der Bonner Konferenz war nun: Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf Geschlechtergerechtigkeit und die zivilgesellschaftliche Beteiligung? Wie kann sichergestellt werden, dass die neuen Fördermechanismen gendergerecht sind?

Grundsätzlich wurden die Ziele, also bessere Koordination der Hilfen, Kostensenkung und Stärkung der Bedeutung der Entwicklungsländer, von allen Teilnehmern der Konferenz begrüßt. Doch es gab auch Kritik. Zum Beispiel daran, dass die ursprünglich festgelegten Ziele und Indikatoren zu eng auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet seien. Es dürfe nicht nur um die effektive Verwaltung von Geldern und das effektive Abfließen der Mittel ge-

hen. Ein vernünftiger Ansatz für die Hilfe müsse mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit verbunden werden. Der gender-blinde Ansatz der Pariser Erklärung könne nicht zum Erfolg führen, solange strukturelle Ungleichheiten bestehen.



Internationaler Frauentag in Bonn

Versöhnungsarbeit ohne Grenzen



Weltweit arbeiten couragierte Frauen – oft ohne Rücksicht auf ihre eigene Sicherheit – in Krisenregionen an der Schaffung von Frieden oder an der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Ohne Amt und Mandat übernehmen sie Verantwortung. Sie kämpfen gegen jede Form von Aggression, gegen die Verletzung der Menschenrechte, gegen die Zerstörungen durch Kriege. Sie versuchen, Frauen vor Gewalt zu schützen, kämpfen für die elementarsten Lebensgrundlagen. Sie haben weltweit Netzwerke aufgebaut und bemühen sich um eine breitere Öffentlichkeit für ihre sehr konkrete Arbeit.

Während des Internationalen Frauentages 2008 in Bonn berichtete die Initiatorin und Präsidentin von „FriedensFrauen Weltweit“, Ruth-Gaby Vermot-Mangold, über ihre Erfahrungen bei der Entwicklung von Projekten. Während der Veranstaltung wurde auch das deutschsprachige Internetportal der Organisation eröffnet.

Wie kann Friedensarbeit konkret aussehen? Ein eindrucksvolles Beispiel aus dem Grenzraum Polen – Tschechien – Deutschland setzt auf die Kinder. In diesem grenzüberschreitenden Projekt geht es um die Mehrsprachigkeit von Kindern im Vorschulalter. Ziel ist die leichtere Verständigung zwischen den Grenzbevölkerungen und der Abbau von Vorurteilen. Nur über Sprachkenntnisse wird das Prinzip der Freizügigkeit innerhalb Europas mit Leben zu füllen sein. In einem zweiten Forum ging es um die Rolle der Frauen in Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften am Beispiel des Balkan. Das waren die Ergebnisse des Tages: Versöhnungsarbeit muss die lokalen und regionalen Machtstrukturen berücksichtigen. Die Akteurinnen müssen ihren eigenen zeitlichen Rhythmus und ihren eigenen Ansatz wählen können.

Die einzelnen Schritte der Versöhnungsarbeit müssen über Regionen und Organisationen hinweg zusammengetragen und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Erfahrungen zeigen, dass sich die Frauenrolle auch in patriarchalen Gesellschaften erheblich verändert.

Doch bei der konkreten Arbeit erweisen sich auch die Defizite, unter denen die Frauen leiden: Es fehlt an Wissen, an Qualifikation, an Techniken, an Ressourcen. Die Rollenkonflikte in den Familien, etwa bei der Rückkehr der Männer, werden nur unzureichend bearbeitet. Die Vergewaltigung von Frauen im Krieg ist bis heute ein Tabuthema. Strafrechtliche Verfolgung setzt eine Anzeige voraus. Da sind Frauen großem Druck ausgesetzt.

Jemen

Frauen im Wahlkampf

Im Kongressraum des Sheba Hotels, ganz in der Nähe des historischen Altstadt-kerns der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, sitzen für gewöhnlich Männer in Jackett und Krawatte. Heute jedoch bestimmen Frauen das Bild, manche tief verschleiert, manche nur mit Kopftuch, und geben den Ton an. Anlass für dieses Treffen ist eine Buchpräsentation. An sich nichts außergewöhnliches in Sanaa, der Medienhauptstadt des Jemen, wenn es dabei nicht um die Erfahrungen jemenitischer Frauen im Wahlkampf ginge. In Zusammenarbeit mit der Yemen Times, der wichtigsten englischsprachigen Zeitung des Landes (die von einer Frau geführt wird), hat die FES die Erfahrungen von 26 Kandidatinnen zusammengetragen, die in den letzten Jahren bei Parlaments- und Kommunalwahlen angetreten waren. Sowohl im Buch als auch während der Präsentation berichten die Frauen von den Herausforderungen, die sie während ihrer Kampagnen zu meistern hatten. Frauen spielen im politischen Leben des Jemen bisher nur eine Nebenrolle. Das Land hat zwar zahlreiche internationale Abkommen ratifiziert, welche die Rolle der Frau in der Gesellschaft stützen und sie vor Diskriminierung schützen sollen, und die jemenitische Verfassung garantiert theoretisch relative Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau. Die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache: Zwar stieg der Anteil der Frauen unter den registrierten

Wählern zwischen 1993 und 2006 von 18% auf 42%. Dem gegenüber steht aber eine deutliche Unterrepräsentanz in den wichtigsten politischen Institutionen: Im Parlament sitzt nur eine Frau neben 300 Männern, es gibt nur zwei Ministerinnen und in den Parteigremien sind Frauen im Durchschnitt nur zu ca. 6% vertreten.



Lateinamerika

„Gender, Macht und Demokratie“

27 NachwuchspolitikerInnen trafen sich in Bolivien zu dem Workshop „Gender, Macht und Demokratie in Lateinamerika“. Es waren junge Frauen und Männer aus Brasilien, Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay, die über Chancengleichheit und Gender Mainstreaming diskutierten. Die politische und soziale Realität, so die Erfahrung von politisch engagierten Jugendlichen, ist Genderdiskriminierung. Beklagt wurde auch, dass es kaum Angebote zur Förderung des politischen Führungs-

nachwuchses gibt. Gender-Konzepte sind ein wichtiger Beitrag zur Modernisierung der Politik. Wie das praktisch gehen kann, erklärten ExpertInnen am Beispiel soziale Gerechtigkeit und Sozialpolitik. Der Informationsbedarf war groß. Die Arbeit soll in regionalen Netzwerken fortgesetzt werden. Ergebnis des Workshops in Bolivien war ein Internet Blog. Die jungen Frauen und Männer wollen durch diese Vernetzung weiter im Gespräch bleiben, sich austauschen über jugendpolitische Aktivitäten.

Genderpolitik in Asien

FES Gender Equality Project Asia

In Deutschland gilt der Valentinstag als clevere Erfindung des Blumen-Einzelhandels und Frauen sind täglich gern gesehene Gäste in Kneipen. In Indien endete im letzten Jahr der Kneipenbesuch für einige Studentinnen damit, dass sie von einem Mob von 40 Männern geprügelt und an den Haaren aus der Kneipe gezogen wurden. Die Polizei blieb weitgehend untätig. Am darauf folgenden Valentinstag drohte diese religiös-fundamentalistische Gruppe jenen Frauen Gewalt, Zwangsverheiratungen und Prügel an, die sich von den traditionellen Einstellungen entfernen, die Liebe und Sexualität leben wollen. Für Indien und zahlreiche andere Länder in Asien gilt: Es gibt Gesetze zu Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit, doch sie werden kaum umgesetzt. Die alten gesellschaftlichen Normen sind stärker. Im privaten wie im öffentlichen Leben bestimmen die tradierten Normen alle Institutionen der Gesellschaft von der Familie bis zu den Sicherheitskräften.

In einigen asiatischen Staaten steht heute schon fest, dass jene Millennium-Entwicklungsziele (MEZ), die besonders auf bessere Chancen für Mädchen, schwangere Frauen und Mütter zielen, nicht erreicht werden. Das wird in den betreffenden Ländern nicht einmal öffentlich diskutiert.

Frauenquoten in Parlamenten

Die positive Nachricht ist, dass sich die formale Gleichheit Jahr für Jahr verbessert. Die Genderindikatoren des Berichts zur menschlichen Entwicklung 2008 belegen, dass sich gerade in Süd-Asien die formalen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe für Frauen vor allem in Sri Lanka und Pakistan positiv entwickeln, weil dort Quoten in den

nationalen Parlamenten eingeführt wurden. Im Alltagsleben aber bleiben die patriarchalischen Machtverhältnisse unverändert. Durch die aktuelle politische Situation könnte die Quotenregelung langfristig sogar wieder aufs Spiel gesetzt werden. Dennoch: Die Frauenquoten in den nationalen Parlamenten Süd- und Südostasiens schaffen bessere Grundvoraussetzungen für engagierte Frauen. Sie bieten noch längst keine Garantie für eine umfassende, gerechte und qualitativ hochwertige Frauen- und Familienpolitik, aber sie erweitern den politischen Handlungsspielraum erheblich.

In vielen asiatischen Parteien zählt nicht der beste Gedanke, der sich dann nach innerparteilichen Auseinandersetzungen auch durchsetzt. Stattdessen herrschen Nepotismus, Alters- und Geschlechterhierarchien, illegale Parteienfinanzierung, Beeinflussung durch etablierte Clans oder Familien. An Politikerinnen, die alle Schichten vertreten, fehlt es. Hier setzt die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung an. Ein wichtiges Forum, um neue Ideen zu Gender und Frauenförderung zu entwickeln und mit politischen Entscheidungsträgern zu diskutieren, ist das regionale „FES Gender Equality Project Asia“. Ziel ist die Förderung gendersensitiver Beratungsansätze in der Zusammenarbeit zwischen FES und Partnerorganisationen.

Dabei setzt die FES auf eine doppelte Strategie: Einerseits setzt das Projekt auf Zielgruppen orientierte Frauenförderung, unterstützt zum Beispiel die Forderungen von Gewerkschafterinnen oder initiiert einen Erfahrungsaustausch zu genderspezifischen Herausforderungen des Führungspersonals innerhalb der politischen Parteien. An-



dererseits wird Wissen für gendersensitive Beratungsansätze in speziellen Politikfeldern und Politikprozessen zusammengetragen und neu erarbeitet. Solche Veranstaltungen finden in ganz Asien statt, sie werden von allen FES-Büros gemeinsam geplant und umgesetzt. In allen Büros gibt es Genderexperten und qualifizierte AnsprechpartnerInnen. Auf diesen Veranstaltungen treffen sich Bündnispartner für die Zukunft. Oft kommen sie aus sehr unterschiedlichen kulturellen und politischen Milieus. Synergieeffekte entstehen dadurch, dass das „Gender Equality Project Asia“ Hintergrundmaterialien wie Analysen, Publikationen aus der Region und Seminarberichte auf einer elektronischen Plattform, dem Gender Hub, zusammenträgt. Dort können alle FES-Büros und die engen Partner verfolgen, wie die FES ihre Gender Policy in ihre Arbeit integriert und versucht, die Chancengleichheit voranzutreiben.

Dialog Asien – Europa

Immer neue Themen werden an das „Gender Equality Project Asia“ herangetragen. Das sind zur Zeit die besonders drängenden Probleme: Arme Frauen in Asien sind am stärksten von internationalen Krisen betroffen, seien das die Folgeschäden des Klimawandels oder die Auswirkungen der Finanzkrise. Häufig können Lösungen nur durch internationale Kooperationen gefunden werden. Die FES arbeitet deshalb weiter daran, europäisch-asiatische Foren zu Genderthemen in das öffentliche Blickfeld zu rücken. Die wichtigsten Geschenkartikel am Valentinstag sind laut Wikipedia nach wie vor Blumen. Der Brauch erfreut sich in den asiatischen Ländern immer größerer Beliebtheit.

Usbekistan

Nicht selbstverständlich: Kooperation zwischen Frauenhaus und Polizei

Reisender, kommst Du nach Buchara, vergiss die Mustakillik Straße 44 nicht. Ein solcher oder ähnlicher Slogan wird in keinem Stadtführer für die mehr als 2.500 Jahre alte ehrwürdige südusbekische Stadt an der legendären Seidenstraße je zu finden sein. Wer sich nun auf die Suche nach diesem Haus begibt und im Stadtviertel versucht, von den oft in kleinen Gruppen zusammenstehenden oder in landestypischer Hockstellung sitzenden Männer im usbekischen ‚outfit‘ aus Tschapan/Mantel und Kopf bedeckender Tübeteka Näheres über das Anwesen zu erfahren, bekommt gleichgültiges oder unwissendes Schulterzucken als Antwort.



Richtet sich der Suchende schließlich an die Polizei, hierzulande Miliz genannt, nein, nicht an die allerorten postierten rangniedrigen Ordnungshüter, sondern an ihre vorgesetzten Offiziere, dann erfährt er unwirsch, aber mit auch gewissem Stolz in einem fast verschwörerischen Unterton, was es mit der Mustakillik 44 auf sich hat: In diesem unauffälligen dreistöckigen Wohngebäude befindet sich im Erdgeschoss das kleine und bescheidene Frauenkrisenzentrum. Es ist das einzige in Usbekistan.

Mit kleiner finanzieller Unterstützung einer amerikanischen NGO gründete 1999 die Psychologin und Pädagogin Dr. Salichova in Privatinitiative diese Beratungsstelle. Seitdem gibt sie mit einer Fachkollegin sowie einer weiteren Juristin für Frauen in Not wegen häuslicher Gewalt kostenlos psychologische und rechtliche Beratung. Kommunale oder staatliche Institutionen helfen ihnen jedoch nicht, die Fortexistenz mit Zuwendungen zu sichern. Das Zentrum ist darum völlig auf immer mal wieder kleinere Spenden von den wenigen im Land noch zugelassenen ausländischen Organisationen angewiesen.

Den Anstoß erhielt Dr. Salichova kurz zuvor auf einer von der FES geförderten Reise für zentralasiatische Frauenrechtlerinnen nach Deutschland. Dort lernten sie die Kooperation zwischen einigen Frauenhäusern und der örtlichen Polizei kennen. Und tatsächlich, auch in Buchara gelang es nach diesem Beispiel mit viel diplomatischem Fingerspitzengefühl und beharrlicher Überzeugungsarbeit, ohne zu missionieren, zwischen Frauenkrisenzentrum und FES zur Miliz eine stabile Struktur der Zusammenarbeit aufzubauen.

Denn wohin können sich die vielen unter Schlägen leidenden, durch Nötigung bedrohten Frauen in Usbekistan wenden? Die eigene Familie bietet

keinen Ausweg. Sie würde ihre weggelaufene Tochter wegen der ‚Schande‘ für die Familienehre sogar zum prügelnden Mann postwendend zurückbringen. Soll sie sich an die Miliz wenden und dort gar Anzeige erstatten? Sie weiß, dass ihr auf dem Revier die Milizionäre in aller Regel entgegenhalten werden: Für körperliche Züchtigung von Frauen fänden sich auch im Koran rechtfertigende Hinweise und häusliche Gewalt sei nach orientalischer Tradition eine Privatangelegenheit. Sie weiß auch, dass Scheidungen für Frauen viel schwieriger vor Gericht durchzusetzen sind als für Männer. Der Suizid wird darum nicht selten als letzter verzweifelter „Ausweg“ gewählt.

Nicht weit vom Frauenkrisenzentrum entfernt, jedoch örtlich verständlicherweise anonymisiert, begann Frau Salichova darum 2006 mit dem Aufbau eines sogenannten „Shelter“, einem Frauenhaus. Schritt für Schritt sind mit viel Eigenleistungen und zuweilen einigen Sachhilfen, auch von der FES, aus dem buchstäblichen Dach über dem Kopf mittlerweile vier einfache bewohnbare Zimmer zum ersten Schutz von Frauen entstanden. Es kann nicht überraschen, dass natürlich auch dieses Frauenhaus keinerlei finanzielle Unterstützung von den Behörden erhält.

In der offiziellen gesellschaftspolitischen Sichtweise werden Nötigung, Bedrohung und Zwang in usbekischen Familien als bedauerliche, aber eben lediglich Einzelfälle herausgestellt. Häusliche männliche Gewalt widerspreche nämlich der die Frauen achtenden usbekischen Tradition. So einfach und so realitätsfern. Das Schicksal der Frauen, die hierzulande im jungen Alter nicht selten bereits verheiratet werden, ist vielfach vorgegeben. Sie müssen sich in die Familie der Schwiegereltern einfügen, viele Kinder bekommen, arbeiten und vor allem gemäß der orientalischen Tradition gehorchen, dulden und aushalten.



Seit 2006 kann die FES in Bucharra mit dem Team des Frauenkrisenzentrums pro Jahr etwa zehn bis fünfzehn zweitägige Rechtsseminare für dortige Milizoffiziere durchführen. So ungewöhnlich dies auch klingen mag: Die Polizisten erfahren in der Regel erstmals hier Näheres über Schutz- und Strafbestimmungen in den verschiedenen usbekischen Rechtskodices. In Plan- und Rollenspielen werden sie für angemessene Verhaltensweisen bei Einsätzen von Konflikt- und Gewaltsituationen in den Familien sensibilisiert und trainiert. Sie lernen, wie mit verängstigten Frauen umzugehen ist, die sich doch zutrauen, die Brutalität ihrer Männer anzuzeigen. Und sie erfahren internationale Rechtsstandards von deutschen Juristen, die von der FES eingeladen werden.

Als moslemisch geprägtes postsowjetisches Land mit autoritär-autokratischen Staats- und Regierungsstrukturen sind Rechtsreformen sicherlich auf einer langen Zeitachse anzusiedeln. Die Änderung von traditioneller Polizeimentalität ist hierbei nur ein kleiner Schritt. Aber jeder Weg fängt bekanntlich mit ihm an.

Tansania

Der steinige Weg der Barfußanwältinnen: Frauenrechtsberatung in Tansania



Obwohl die tansanische Regierung offiziell für die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern eintritt, stehen religiöse und gewohnheitsrechtliche Traditionen der Förderung von Frauenrechten im Weg. Frauen haben besonders in ländlichen Gebieten einen wesentlich schlechteren Zugang zur Bildung als die Männer. Dadurch fällt es ihnen wiederum schwerer, sich gegen miserable Arbeitsbedingungen oder alltägliche Unterdrückung zu wehren. Bis heute ist Armut in Tansania besonders ein Frauenthema. In ländlichen Gegenden, in denen das Gewohnheitsrecht zum Nachteil der Frauen noch häufig praktiziert wird, sind sie bei Eigentums- und Landrechten stark benachteiligt. Die stellvertretende UN-Generalsekretärin Asha-Rose Migiyo, einst Ministerin in Tansania, fordert deshalb: „Um Gleichberechtigung zu erreichen, müssen wir vor allem die Landfrauen unterstützen.“

Die FES widmet sich dieser Arbeit seit gut zehn Jahren. Sie fördert die Arbeit der so genannten Barfußanwältinnen (Paralegal Units, PLUs), denn ein Grund für die fortdauernde Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen ist deren mangelnde Kenntnis ihrer rechtlichen Stellung. Informationen in den jeweiligen Landessprachen, Aufklärung über Rechte und Pflichten von Männern und Frauen sind die ersten Schritte auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung. Die unentgeltlich arbeitenden Rechtsberaterinnen werden in Familienrecht, Landrecht oder politischen Beteiligungsrechten geschult. Sie beraten die Frauen in ihren Dörfern individuell. Sie unterstützen diejenigen, die zu arm sind, um Gerichtskosten bestreiten zu können, auch bei Rechtsstreitigkeiten vor Gericht.

Grundlage für die Rechtsschulungen der Barfußanwältinnen ist das Handbuch für Landfrauenrechte, das „Kiongozi cha Sheria“, das 2008 in fünfter Auflage von der FES herausgegeben wurde. Themen sind unter anderem die tansanischen Land- und Eigentumsrechte, Kinderrechte, Ehegesetze



oder das Scheidungsrecht. Dieses Wissen über die neuen Landgesetze ist in patriarchalisch-ländlichen Gemeinden besonders wichtig, da Frauen dort traditionell ihr Recht auf Landbesitz verweigert wird.

Die FES hat im letzten Jahr besonders die regionale Vernetzung der Paralegal Units vorangetrieben. Es gibt inzwischen ein Netzwerk von 19 Beratungseinheiten. Regelmäßig tauschen sich die Barfußanwältinnen bei Veranstaltungen der FES aus, können dort auch Kontakte mit NGOs pflegen.

Positiv ist die wachsende Anzahl von Männern, die bei PLU aktiv sind. Das zeigt: Das Bewusstsein für Gendergerechtigkeit wächst. Das hat ganz direkte positive Folgen. Schwangere Schulmädchen werden nun nicht mehr wie in der Vergangenheit vom Schulunterricht ausgeschlossen und aus den Familien verstoßen. FES und PLUs haben hier also eine Sensibilisierung der Gesellschaft erreicht. Deshalb ist die Bilanz der bisherigen Arbeit: Die Barfußanwältinnen gehen zwar einen steinigen Weg, aber sie haben beispielhafte Erfolge vorzuweisen, die uns alle ermutigen können.



Südliches Afrika

Frauenrechte und Genderpolitik im südlichen Afrika

Die FES unterstützt seit einigen Jahren durch ihr Büro in Botswana die „Southern African Development Community (SADC)“, den regionalen Staatenbund, zu dem sich 15 Länder des südlichen Afrika zusammengeschlossen haben, bei der Entwicklung einer Genderpolitik. Schon 1997 unterzeichneten die SADC-Staaten eine damals noch unverbindliche Erklärung, die Frauenrechte in den Mittelpunkt stellte und die wichtige Rolle der Frauen in der regionalen Entwicklung betonte. Acht Jahre später verpflichteten sich die Staaten zu einem Aktionsplan, dessen Kernpunkt ein rechtsverbindliches SADC-Protokoll war. FES-Büros in Botswana und anderen Ländern des südlichen Afrika spielten bei der Ausarbeitung dieses Protokolls eine wichtige unterstützende Rolle. Hauptziel des Protokolls ist es, die Harmonisierung sämtlicher regionaler und nationaler Strategien zu Gender und Gleichberechtigung voranzutreiben. Auf dem letzten Gipfel der SADC-Staaten im Jahre 2008 wurde dieses Protokoll unterzeichnet.

Zahlreiche Maßnahmen, Konsultationen und Experteneinsätze der FES waren vorangegangen. Das Ergebnis ist ein substanzieller Beitrag zur Demokratieentwicklung. Durch die frühzeitige Kooperation mit staatlichen Stellen und Organisationen der Zivilgesellschaft gab es viel Unterstützung für den Protokollentwurf. Die FES hat dazu beigetragen, ein Rechtsinstrument zu entwickeln, das auch für andere Organisationen wegweisend sein dürfte. Das Protokoll ist sehr progressiv, seine Inhalte sind einklagbar. Der Unterdrückung von Frauen in vielen bislang kulturell sakrosankten Bereichen wird damit der Kampf angesagt. Mit diesem Instrument kann das Recht auf Gleichheit der Geschlechter einen entscheidenden Schritt vorangebracht werden.

Türkei:

Frauen und Konfliktprävention

Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt mit ihrer Arbeit die Bemühungen um freundschaftliche Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn. 2008 fand ein internationales Trainingsseminar an der Bosphorus-Universität statt. Frauen aus der Türkei, aus Griechenland, aus Nord- und Südzyprien kamen dort zusammen. Organisiert wurde das Seminar von der FES zusammen mit der Friedensinitiative griechischer und türkischer Frauen „WINPEACE“ und dem neu gegründeten Friedensforschungs- und Friedenserziehungszentrum. Eine Woche lang gab es Anregungen zur Konfliktprävention und Friedenserziehung, die in die Lehrtätigkeit der Frauen an Schulen und in die NGO-Arbeit einfließen sollte.

Trotz der historisch angespannten Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland hat in den letzten Jahren eine Annäherung stattgefunden. Um das fragile Verhältnis weiter zu stabilisieren, sind Maßnahmen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen notwendig. Der Austausch von Multiplikatoren der Zivilgesellschaft während dieses Trainingsseminars hatte deshalb große Bedeutung. Der Abbau gegenseitiger Vorurteile erfordert aufgeschlossene Menschen, viel Energie und guten Willen. Häufig leisten Frauen wichtige Beiträge zu gesellschaftlichen Versöhnungsprozessen. Während der gemeinsam verbrachten Zeit entstanden persönliche Freundschaften, was zu einer offenen Diskussionskultur führte und Gespräche selbst über die heiklen türkisch-griechisch-zyprischen Beziehungen ermöglichte.

Frauen und ihre Diskriminierung in den türkischen Medien

Gendergerechtigkeit und die Darstellung von Frauen in den Medien hängen eng zusammen. 23 türkische Fraueninitiativen taten sich im letzten Jahr zusammen, um Öffentlichkeit und Presse aufzuklären und zu sensibilisieren. Unter dem Motto „Wir beobachten Euch! Schluss mit der Diskriminierung von Frauen in den Medien!“ starteten sie eine Kampagne zur Überwindung der Stereotypenbildung. Mehrere Monate lang wurde mit Zeitungs-

anzeigen und zwei Kurzfilmen, die im TV und in Kinos liefen, auf das Problem aufmerksam gemacht. An einer internationalen Konferenz zu diesem Thema nahmen neben Medienvertreterinnen, Fraueninitiativen und Wissenschaftlerinnen auch die türkischen Mainstream-Medien teil, die Mitverantwortung tragen für eine an Sensationen orientierte und wenig gendersensitive Berichterstattung.



Frauenleben rund ums Mittelmeer

Die Lebenssituation junger Frauen in neun Mittelmeerstaaten wurde während einer Veranstaltung des FES-Büros Rom kritisch diskutiert. Die Referentinnen berichteten von den gesellschaftlichen Konflikten in Algerien und Marokko, in Ägypten, dem Libanon und der Türkei. Häufig führen die Repressionen zu Hause zur Emigration vor allem in europäische Länder. Eine algerische Journalistin berichtete, wie der islamistische Terror in ihrem Land besonders junge Frauen trifft. Ziel ist immer die Einschüchterung, um ihre Freiheitsrechte und Bewegungsmöglichkeiten drastisch einschränken zu können. Eine Marokkanerin schilderte die häusliche Gewalt gegen Frauen und forderte, endlich die Opfer zu verteidigen statt die Täter zu schonen. Ein positives Beispiel kam aus Ägypten. Von der Öffentlichkeit außerhalb des Landes weitgehend unbemerkt haben Textilarbeiterinnen dort eine führende Rolle bei Protesten gegen die Privatisierungspolitik der Regierung übernommen.



Radikaler Feminismus oder Geschlechtergerechtigkeit

Was moderne Frauenpolitik ist, wird in Israel kontrovers diskutiert. Das FES-Büro wirbt und informiert bei israelischen NGO und in akademischen Institutionen kontinuierlich für Gender Mainstreaming. Zusammen mit der Frauenorganisation Na'amat wurde in einem Ausbildungskurs für Führungskräfte die Situation in Deutschland mit der in Israel erfreulich offen diskutiert und verglichen. Spannungsreicher sind die Diskussionen mit der Partnerorganisation „Frauenparlament“. Dort herrscht die Mehrheitsmeinung, der konservativen und Frauen benachteiligenden Ausrichtung der israelischen Gesellschaft sei nur mit einem radi-

kalen Feminismus wie dem der 70er Jahre beizukommen. Mit dieser kompromisslosen Einstellung kann sich in Israel allerdings nur eine Minderheit identifizieren.

Heikel sind alle Themen, die die Sicherheit des Landes berühren. Traditionell gelten sie im öffentlichen Diskurs als „Männerdomänen.“ Ein Versuch, diese Haltung aufzubrechen, war die Vorstellung und Diskussion einer Publikation „Women, Media and Conflict: A Gender View of the Lebanon War Media Coverage“.

Bosnien-Herzegowina:

Kommunikation (M)macht Gender

Ein Blick in die öffentlichen Einrichtungen, Ministerien, Gemeinderäte und Bürgermeisterämter offenbart: Über 80 Prozent aller Positionen sind von Männern besetzt. Auch viele Frauen akzeptieren diskriminierende Rollenzuweisungen und nehmen hin, dass die politische Führung eine na-

türliche Domäne der Männer ist. Männer wiederum schätzen die Leistungen der Frauen gering, verwehren ihnen höhere Führungsaufgaben, wollen politische Macht und wirtschaftliche Vorteile nicht mit Frauen teilen. Die Diskriminierung zeigt sich besonders in der Politik. Bei den vergangenen Kommunalwahlen wurden Frauen bewusst die aussichtslosen hinteren Listenplätze zugeteilt, so dass der Frauenanteil auf ein neues Rekordtief absackte. Zu dem allgemeinen Machoverhalten kommt ein extrem diskriminierender und abwertender Sprachgebrauch, verstärkt durch eine entsprechende Körpersprache. Selbst Frauen, die trotz aller Widerstände eine öffentliche Funktion ausüben, müssen erleben, dass Geringschätzung und Diskriminierung ihren Arbeitsalltag prägen. Gleichberechtigter Zugang zu den Medien wird ihnen gezielt verwehrt.

Das ist der Ausgangspunkt für die Arbeit der FES. In mehreren Workshops wurde versucht, das öffentliche Auftreten von Politikerinnen durch Trainings zu verbessern. Repräsentative Umfragen, Fernsehaufzeichnungen und Zeitungsbeiträge wurden analysiert. Damit sollten die Frauen vor allem auf ein bestimmtes standardisiertes Verhalten der männlichen Führungskonkurrenz vorbereitet werden. Und es wurde medienwirksames Auftreten eingeübt. Auch der nonverbale Teil der Kommunikation, also Gestik, Mimik, Körperhaltung und Auswahl der Kleidung wurde diskutiert. Die Frauen übten sich in öffentlicher Rede und lernten, Mitsprache auch einzufordern. Bisher werden sie auf die so genannten weichen Themen abgedrängt, also Familie, Gesundheit, Kultur, Sozialwesen, während Männer die Wirtschafts- und Finanzthemen für sich beanspruchen.



Slowakei

Forum der Roma-Frauen

Die gesellschaftspolitische und sozioökonomische Situation der Roma ist in der Slowakei auch 20 Jahre nach der Wende und fünf Jahre nach dem EU-Beitritt immer noch ein ungelöstes Problem. Die etwa 400 000 slowakischen Roma leben am Rande der Gesellschaft. Sie leiden unter der hohen Arbeitslosigkeit und sind gesellschaftliche Außenseiter. Da es innerhalb der Roma-Gruppen sehr patriarchalisch zugeht, werden die Frauen doppelt diskriminiert: einmal als Teil einer ethnischen Minderheit, zum anderen auch innerhalb der Minorität. Das FES-Büro in Bratislava setzt sich seit vielen Jahren mit der Roma-Problematik auseinander und arbeitet mit vielen Roma-Aktivistinnen zusammen. Als die Frauen vor zwei Jahren ein Netzwerk „Forum der Roma Frauen“ gründeten, bot die FES ihre Unterstützung an und leistet seitdem vielfältige Hilfen.

Das Forum berät in sozialen und in Bildungsfragen und sucht die Kommunikation mit der Mehrheitsbevölkerung. Da die FES bei den zahlreichen kleinen Projekten nur sehr beschränkt helfen kann, entschied man sich zum Aufbau eines Netzwerkes:



Ausgewählte Aktivistinnen werden trainiert, internationales Networking wird unterstützt. Geschult werden die Frauen vor allem in zwei Bereichen: Ihre organisatorischen Fähigkeiten werden gefördert und sie werden über ihre Rechte informiert. Zusammen mit erfahrenen slowakischen Frauenaktivistinnen wurden die typischen Probleme analysiert und in einem zweiten Schritt Verhaltensmuster zu ihrer Lösung trainiert. Bei einer Konferenz mit tschechischen Roma-Aktivistinnen wurden Erfahrungen ausgetauscht. Die Zusammenarbeit wird auch 2009 weitergeführt.

Albanien

Genderarbeit in Albanien

Formal sind die Frauen in Albanien gleichberechtigt. Die Realität aber sieht anders aus: Nur sieben Prozent der Abgeordneten im Parlament sind Frauen. Auf parteipolitischer Ebene gibt es zwar Frauenquoten (bei den sozialdemokratischen Frauen 25 – 30%), aber sie werden nicht eingehalten. Es existieren zur Zeit etwa 90 Frauen-NGOs. Sie kümmern sich um Projekte zur Frauenbeteiligung in Politik und Wirtschaft und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie sind parteiunabhängig und haben bisher nur wenig politischen Einfluss.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnten sich dank der FES-Projektarbeit Frauen für wichtige Positionen qualifizieren. Schwerpunkte sind: Analyse der Frauenrechte und Analyse der

Gründe für die geringe Repräsentanz von Frauen im öffentlichen Leben. Vorbereitung neuer Aktionspläne, um die Handlungskompetenz von Frauen zu erweitern. Mehr Engagement der Frauen bei politischen Kampagnen. Das Interesse an all diesen FES-Aktivitäten ist groß. Viele Gruppen wurden sensibilisiert für Frauenemanzipation, haben gelernt, dass auch in einer männlich dominierten Gesellschaft Frauen dabei geholfen werden kann, sich ihrer Rechte bewusst zu werden. Diese Arbeit macht Mut, sich politisch zu engagieren. Den Frauen, die bereits in der Politik aktiv sind, hilft die FES dabei, ihre Positionen zu formulieren und auch durchzusetzen. Diese Arbeit wird in den nächsten Jahren fortgesetzt.





Internationale Arbeit

Demokratie und Entwicklung weltweit fördern, zu Frieden und Sicherheit beitragen, die Globalisierung solidarisch gestalten und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union unterstützen – das sind die Leitlinien der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starker und freier Gewerkschaften und von Menschenrechten. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ebenfalls konstituierendes Element von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit und gehört deshalb zu den Aufgaben der Demokratieförderung. Mit politischer Bildung, entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung will die Stiftung ihren Beitrag dazu leisten. Dazu veranstaltet sie Seminare, Konferenzen und veröffentlicht Studien zu aktuellen und langfristig wichtigen Themen.

Gerade für die Stabilisierung fragiler gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen, aber auch angesichts der übergreifenden regionalen und globalen Probleme, die es zu lösen gilt, ist der Dialog zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren, zwischen verschiedenen Kulturen und Gesellschaftsmodellen, zwischen Nord und Süd, zwi-

schen EU-Ländern und Beitrittskandidaten und zwischen den internationalen Institutionen unabdingbar. Eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern bei der Gestaltung demokratischer und gerechter Strukturen ist dabei ein Leitbild der Arbeit in den Abteilungen Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) und Internationaler Dialog (ID).

In den meisten Projektländern zieht sich nach wie vor Diskriminierung von Frauen durch alle gesellschaftlichen Bereiche und trägt dazu bei, dass die Verfügung über Macht, Geld, Zeit und Arbeit zwischen Frauen und Männern extrem ungleich verteilt ist. So arbeiten Frauen erheblich länger, verdienen und besitzen aber deutlich weniger als Männer. An politischen und wirtschaftlichen Weichenstellungen sind sie oftmals so gut wie nicht beteiligt. Führungspositionen in diesen Bereichen sind fast ausschließlich in Männerhand.

Traditionelle Vorstellungen über die Rechte und Pflichten von Frau und Mann, das ist die Bedeutung des englischen Begriffs Gender, verhindern in vielen Fällen die Teilhabe von Frauen am politischen und öffentlichen Leben, jedoch werden zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung das Wissen, der Einblick und die Erfahrungen von Frauen und Männern gleichermaßen benötigt. Ebenso müssen die Interessen und Bedürfnisse beider Geschlechter berücksichtigt werden, wenn Politik langfristig erfolgreich sein soll. Deshalb unterstützt die FES Frauen auf ihrem Weg in die Politik oder in die Führungsebenen von Organisationen und Verbänden. Das Gender Mainstreaming, eine Methode, nach der Genderaspekte in jede Phase des Projektmanagements integriert und die Ergebnisse von Politik für Männer und Frauen getrennt überprüft werden, ergänzt die spezifische Förderung von Frauen.

Für die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt Gender Mainstreaming:



Das neue internationale Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin

- nach unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen von Frauen und Männern fragen,
- die geschlechtsspezifischen Auswirkungen einer Politik, z.B. der Wirtschafts-, Sozial- oder Sicherheitspolitik analysieren,
- Ausgleichsmechanismen in Gang setzen und
- die Partizipation von Frauen in Institutionen anstreben, besonders die Beteiligung an Führungspositionen.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit – IEZ

Gender Mainstreaming hat für die Projekte der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit zwei Aspekte: Chancengleichheit der Geschlechter als politisches Ziel und Gender Mainstreaming als methodischer Ansatz, die Zielgruppen der Projektarbeit nach Geschlecht zu differenzieren und die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse im Projektmanagement zu berücksichtigen. Mit der Einführung des Gender-Ansatzes hat die Abteilung ein eigenes Genderteam damit beauftragt, den Prozess zu begleiten. Zu seinen Aufgaben gehören das Monitoring, die konzeptionelle Weiterentwicklung und die Beratung der Kollegen und Kolleginnen in den Projekten weltweit. Ergänzt wird diese Struktur durch lokale Genderbeauftragte in vielen Landesbüros.

In den letzten Jahren sind aus den Überlegungen zur Genderintegration viele Fragen zum Qualitätsmanagement generell entstanden, die heute auf verschiedenen Ebenen in der Abteilung diskutiert und zusammengeführt worden sind. Diskussionen zur Qualität der Arbeit, die Bewertung ihrer Ergebnisse sowie das Wissensmanagement zu verschiedenen Themen und Methoden spielen eine wichtige Rolle.

Internationaler Dialog – ID

Trotz national geprägter Unterschiede stehen Frauen in den meisten Industrieländern vor grundsätzlich ähnlichen Problemen: ein relativ geringer Anteil von Frauen ist in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft zu finden, es gibt eine geschlechts-



Die Preisträgerin des Menschenrechtspreises 2008 der FES: die Journalistin Zhanna Litvina, die sich für Medienfreiheit und Meinungspluralismus in Belarus einsetzt.

spezifische Aufteilung des Arbeitsmarktes inklusive einer schlechteren Bezahlung der Frauen („Gender Pay Gap“), ebenso eine unzureichende Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine insgesamt schlechtere soziale und wirtschaftliche Situation. In der Abteilung Internationaler Dialog sind Frauenförderung und Gender Mainstreaming vor allem Themen des bilateralen Dialogs mit gesellschaftspolitischen Führungskräften in den mittel- und osteuropäischen Länderbüros der FES. Dabei variieren Form und Inhalt der Projekte abhängig von der Situation und den Rahmenbedingungen im jeweiligen Partnerland. Der Gender Mainstreaming Ansatz beispielsweise wird in zahlreichen Ländern Mittel- und Osteuropas noch wenig angewandt. Mit den Partnern vor Ort und mit der Unterstützung von Experten aus Deutschland leistet die FES einen Beitrag dazu, das Konzept zu diskutieren und bekannter zu machen. Fachkräfte aus Mittel- und Osteuropa können durch Studienreisen nach Brüssel ihre Kenntnisse der EU Gleichstellungspolitik vertiefen und Anschluss an die Debatte auf europäischer Ebene finden. Darüber hinaus nutzt die FES ihr Büronetzwerk, um frauenpolitische Themen auf regionaler Ebene zu diskutieren, um eine Vernetzung der jeweiligen Akteurinnen und Akteure zu fördern und einen länderübergreifenden Lernprozess zu ermöglichen.

Politische Bildung



Politische Bildung ist das Herzstück der FES-Arbeit. Sie zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche. Ziel ist dabei, die gesellschaftspolitische Debatte der Bundesrepublik mitzugestalten und Menschen so zu qualifizieren, dass sie sich an politischen Prozessen und an der Gestaltung von gesellschaftlichen Veränderungen beteiligen können.

Genderrelevante Themen werden in Seminaren, öffentlichen Dialogveranstaltungen, Lernprojekten, Kompetenztrainings, Expertengesprächen, Policy-Papers oder Studien aufgegriffen. Teilweise wird „Gender“ allerdings immer noch mit Frauenförderung gleichgesetzt, obwohl es um das gleichberechtigte Miteinander von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen geht. Der Prozess des Gender Mainstreaming muss gerade in einer Organisation wie der Friedrich-Ebert-Stiftung sukzessive vertieft und umgesetzt werden. Er muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die in allen Lebens- und Arbeitsbereichen mitgedacht und ernst genommen wird. Dies wird in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe der politischen Bildungsarbeit bleiben.

Die Förderung des gesellschaftlichen und politischen Engagements und die Stärkung eines an den Grundwerten sozialer Demokratie orientierten Gemeinwesens stehen im Mittelpunkt der vielfältigen Aktivitäten der Landesbüros in allen drei Bildungsabteilungen. Gender- und Frauenpolitik ist als Querschnittsaufgabe in der Arbeit aller Büros fest verankert.

Dialog Ostdeutschland

Im Berliner Forum Politik und Gesellschaft ist die Gender- und Frauenpolitik als eigener Arbeitsbereich organisiert. Das Referat begleitet bundesweite Diskussions- und Entscheidungsprozesse mit öffentlichen Konferenzen, Hintergrundgesprächen und Publikationen. Drei wichtige Jahrestage haben 2008 die Arbeit geprägt: 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht für Frauen verabschiedet. 1968 gilt als Höhepunkt der zweiten Welle der Frauenbewegung. 1988 beschloss der SPD-Parteitag die Quotenregelung. Ein Highlight war der Internationale Frauentag. Diskutiert wurden die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus und die neue rechte Szene.

Gesellschaftspolitische Information

Der geographische Schwerpunkt der Arbeit dieser Abteilung liegt in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Regelmäßig finden Fachtagungen zu Genderfragen statt. Besonderes Gewicht hatte die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Bonn mit dem Thema „Frauen und ihr Beitrag zum Frieden“ und der POLITEIA – Ausstellung „Frauen, die Geschichte mach(t)en“.

Politische Akademie

„Gerechtigkeit, Teilhabe und sozialer Zusammenhalt“, das alles ausdrücklich unter Genderaspekten, sind die Leitlinien der Arbeit. Intensiv werden soziale Innovationspotenziale in der Bildungs- und Familienpolitik, im Geschlechter- und Generationenverhältnis diskutiert und weiterentwickelt. So fand zum zweiten Mal eine Konferenz „Women in Islam“ statt, ein internationales Treffen muslimischer Frauen, die sich in Lobby- und Selbsthilfegruppen engagieren. Die Reihe „Führungsfrauen im Gespräch“ wurde fortgesetzt. Mit speziellen Angeboten unterstützt die KommunalAkademie Frauen in ihrem politischen Engagement.

Wissenschaftliche Arbeit

Wissenschaftliche Arbeit wird in der Friedrich-Ebert-Stiftung durch eigene Forschungsvorhaben und durch die Unterstützung Dritter gefördert. Diese Arbeit wird vor allem im Historischen Forschungszentrum und in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik geleistet. Der wissenschaftliche und politische Nachwuchs wird durch die Studienförderung unterstützt. Besondere Förderung gibt es für deutsche und ausländische Graduierte. Alle drei Abteilungen leisten Beiträge zur Frauenförderung und Frauenforschung oder beraten in Gender Mainstreaming-Prozessen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterpolitik unter der Leitung von Dr. Barbara Stiegler liegt der Schwerpunkt der Arbeit hier an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik: Erkenntnisse aus der Frauen- und Geschlechterforschung fließen ein in die Erarbeitung von Argumentationen, Konzepten und Lösungen. In Kurzpapieren werden Lösungen zu aktuellen Problemen beschrieben, um gleichstellungspolitische AkteurInnen zu unterstützen und den geschlechterpolitischen Diskurs zu gestalten. Politikberatung findet statt durch Vorträge, Workshops und auf Podien, durch Buchbesprechungen und eigene Beiträge in den Medien im In- und Ausland. Wichtige Themen 2008 waren eine kritische Analyse des von Konservativen befürworteten Betreuungsgeldes und der Förderung gewinnorientierter Kleinkindbetreuung. In einem Policy paper wurden Gründe gesammelt gegen die Beibehaltung des Ehegattensplittings.



„Pflegearbeit“ (Care Arbeit) stand 2008 im Mittelpunkt des abteilungsübergreifenden FES-Projekts „Zukunft 2020“. Eine genaue Problembeschreibung enthält eine Studie von Prof. Dr. Gertrud M. Backes, Direktorin des Zentrums Altern und Gesellschaft an der Universität Vechta. Diese Analyse wurde der Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, überreicht. Konsequenzen aus dieser Untersuchung wurden in einem ExpertInnen-Workshop entwickelt und in einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin vorgestellt und diskutiert.

Studienförderung

Die Abteilung vergibt Studien- und Promotionsstipendien an besonders begabte, gesellschaftspolitisch engagierte junge Menschen. Im Jahre 2008 wurden mehr als 2.400 in- und ausländische Studierende gefördert. Mit dem „Stipendium auf Probe“ für Erstsemester wurde ein neues Förderprogramm aufgelegt. Ziel ist, besonders junge Menschen aus einkommensschwachen Milieus und MigrantInnen zu ermutigen, ein Studium aufzunehmen. Rund 300 StipendiatInnen wurden durch dieses Programm unterstützt. Der Frauenanteil in diesem Programm liegt bei über 55 Prozent, der von MigrantInnen bereits bei 19 Prozent. Sogenannte BildungsaufsteigerInnen sind mit 60 Pro-

zent vertreten. Die Studienförderung bietet eine umfassende Begleitung durch das Studium an, zum Beispiel durch persönliche Betreuung durch über 440 VertrauensdozentInnen an den Hochschulen, durch aktive Hochschulgruppenarbeit der StipendiatInnen und der bundesweit agierenden MentorInnen. Eine interne Online-Plattform sorgt für die Vernetzung zwischen ehemaligen und aktuell geförderten StipendiatInnen. Es gibt eine Praktikumsbörse und zahlreiche Ehemaligen-Treffen. Ein studienbegleitendes Seminarprogramm zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen fordert und fördert die Studierenden sowohl fachlich als auch in ihrem politischen und sozialen Engagement.

Historisches Forschungszentrum

Dazu gehören die Abteilungen Sozial- und Zeitgeschichte, das Karl-Marx-Haus in Trier, die Bibliothek und das Archiv der sozialen Demokratie. Die FES sichert, pflegt, präsentiert hier das historische Erbe der gesamten sozialdemokratischen Bewegung

(SPD, Gewerkschaften, Arbeiterkulturbewegung). Das Historische Forschungszentrum informiert eine interessierte Öffentlichkeit durch zahlreiche Publikationen, durch Ausstellungen, Fachvorträge, Tagungen und Seminare zum Beispiel über Wegbereiterinnen der Sozialdemokratie oder die Einführung des Frauenwahlrechts. Auf vielfältige Weise fließen Genderaspekte in die gesamte Arbeit ein. Hingewiesen sei auf die Broschüre „Her mit dem Frauenwahlrecht“ von Gisela Notz. Das Karl-Marx-Haus in Trier lenkt mit verschiedenen Veranstaltungen die Aufmerksamkeit auf die Rolle der Frauen im Leben von Karl Marx.

Das **Archiv der sozialen Demokratie** beherbergt rund 45 laufende Kilometer Akten und darüber hinaus Fotos, Plakate, Flugblätter, Film- und Tondokumente. Es gibt reichhaltiges Material über politisch aktive Frauen in Vergangenheit und Gegenwart und über die Frauengeschichte. Ausführliche Informationen ab Seite 71.

Die **Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung** mit über 800 000 Bänden gilt als größte wissenschaftliche Spezialbibliothek zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Für die Frauen- und Genderforschung steht unter anderem eine große Spezialkollektion zur proletarischen Frauenbewegung zur Verfügung, vielfältige Literatur über die bürgerliche Frauenbewegung, dazu alle Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften in Deutschland und Europa zur Familien-, Frauen- und Geschlechterpolitik. Der Katalog ist im Internet unter <http://library.fes.de> einsehbar. FES-Neuerscheinungen sind im Volltext in der „Digitalen Bibliothek“ verfügbar unter <http://library.fes.de/fr-digbib.html>.



Frauen- und Genderpolitik im Archiv der sozialen Demokratie

Rund 45.000 laufende Meter Akten umfasst das Archiv der sozialen Demokratie. Hier finden sich viele Antworten zur Frauengeschichte und zur politischen Arbeit von Frauen, auch unter Genderaspekten. Quelle sind in erster Linie 180 Nachlässe und Deposita von politisch engagierten Frauen. Die Bestände umfassen Dokumente vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart. Sie reichen von einigen wenigen Nachlässen sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter (Clara Bohm-Schuch, Marie Juchacz) bis zu den Akten ehemaliger oder noch aktiver Parlamentarierinnen (z.B. Käthe Strobel, Annemarie Renger, Iris Gleicke). Abgeordnete des Europäischen Parlaments sind

ebenso präsent wie Frauen, die in Regierungsämtern tätig waren oder noch sind (Heide Simonis, Katharina Focke, Edelgard Buhman, Herta Däubler-Gmelin, Heidemarie Wieczorek-Zeul). Auch Unterlagen von Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes (Andrea Nahles) oder führender Gewerkschaftsgremien (Ilse Bräuer) sind hier zu finden, ebenso prominente Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Interessant sind auch Unterlagen von Journalistinnen (Carola Stern), von Frauen des Widerstands (Erna Blencke, Nora Platiel) oder Aktivistinnen der Friedensbewegung wie Christel Beilmann.

Weitere Unterlagen zu Gender-Themen und zur politischen Arbeit von Frauen finden sich in den Akten des SPD-Parteivorstandes, zum Beispiel im Bestand des „Frauenbüros“ mit mehr als 1.200 Akten titeln. Besonders interessant für gender- und frauenpolitische Forschungen sind die Akten der SPD-Bundestagsfraktion. In diesen Protokollen und anderen Materialien spiegeln sich nahezu alle Frauen-Themen der letzten Jahrzehnte: von den Diskussionen um den Paragraphen 218 bis zu Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Weitere Quellen zu besonderen Fragestellungen wie etwa zur Situation von Frauen im Arbeitsleben und zum gewerkschaftlichen Engagement von Arbeiterinnen und Angestellten finden sich in den Gewerkschaftsbeständen. Neben dem DGB-Archiv sind das vor allem die Akten früherer Einzelgewerkschaften, zum Beispiel die Deutsche Angestelltengewerkschaft, die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten oder die Gewerkschaft Textil-Bekleidung.



Der Bestand FEMArchiv enthält Materialien zur regionalen und überregionalen Frauenbewegung. Auch die verschiedenen Sammlungen des Archivs der sozialen Demokratie sind unter Genderaspekten von Interesse: Die Zeitungsausschnitts-Sammlung, die „Sammlung Personalia“ mit biografischen Daten zu prominenten und weniger bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Flugblatt- und die Plakatesammlung mit Materialien vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Auch das Film-, Ton- und Videoarchiv bietet seltene historische Dokumente zur Frauengeschichte. Das Fotoarchiv des AdsD umfasst etwa zwei Millionen Bilder und Negative, circa 20 Prozent sind Aufnahmen von Frauen, auch zu Frauenarbeit und Alltagsgeschichte. Das Archiv ist also eine wahre Fundgrube für (nicht nur) historische Genderfragen!



Frauen der Arbeiterwohlfahrt

Die 1919 von Marie Juchacz gegründete „Arbeiterwohlfahrt in der SPD“ wurde von vielen sozialdemokratischen Frauen geleitet und geprägt. 2004 übergab die AWO ihre Bestände an die Bibliothek und das Archiv der sozialen Demokratie. Die Bibliothek hat 2008 den Internetauftritt „Arbeiterwohlfahrt“ entwickelt: <http://library.fes.de/awo/awo-start.html>. Hier lassen sich nicht nur die Bibliothek der AWO recherchieren, sondern auch die Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt (Jahrgänge 1926–1933) in digitalisierter Form lesen. Außerdem findet man dort als „FES-Netzquelle“ einen Überblick über die Geschichte des Verbandes zusammen mit 180 zentralen Dokumenten.

Die Akten des AWO-Bundesvorstands und des Landesverbands Nordrhein-Westfalen aus der Zeit nach 1945 befinden sich im Archiv der sozialen Demokratie und sind der wissenschaftlichen Forschung zugänglich.

Einige Beispiele aus den neuen Beständen

Auch im Jahre 2008 erhielt das Archiv der sozialen Demokratie wichtige neue Bestände zu politisch aktiven Frauen. Besonders interessant: Der Nachlass Clara Bohm-Schuch (1879-1936). Sie war von 1920 bis 1933 Mitglied des Reichstags. Angesichts der geringen Zahl überlieferter Nachlässe aus der Zeit der Weimarer Republik bedeutet die Übernahme dieses kleinen, aber gehaltvollen Bestandes eine willkommene Ergänzung. Der Bestand von Beate Weber (Mitglied des Europäischen Parlaments und danach Oberbürgermeisterin von Heidelberg) aus der Zeit von 1973 – 2006 zeigt wichtige Aspekte kommunalpolitischer Entwicklungen nach 1945 auf. Wichtige Unterlagen zum Kampf um die Gleichstellung der Frauen seit den 1970er Jahren finden sich in den neuen Beständen der ehemaligen Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein Heide Simonis und der stellvertretenden Mi-



politischen und ehrenamtlichen Tätigkeiten Annemarie Rengers bis zu ihrem Tode im Jahre 2008.

Wie finde ich was?

Der Zugang zu den Beständen des Archivs unter Gender- und Frauenaspekten wird durch eine Reihe von Hilfsmitteln erleichtert: Etwa durch die Publikation von Sabine Boltzendorf und Ilse Fischer: Gender- und Frauengeschichte im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bestände im Archiv der sozialen Demokratie und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2. erw. und überarb. Auflage, Bonn 2003.

www.fes.de/archiv: Recherchehilfen im Archiv (dort auch eine längere Fassung dieses Beitrags).

Bei Spezialfragen der Gender- und Frauengeschichte sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs gerne mit Rat und Informationen behilflich: auskunft@fes.de

nisterpräsidentin Uta Erdsiek-Rave. Wichtige Einblicke in die Zeit der Rot-Grünen Koalition bieten die Unterlagen von Renate Schmidt, der ehemaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Nachlass der 2008 verstorbenen einstigen Bundestagspräsidentin Annemarie Renger wurde um die Korrespondenz aus ihrer Zeit im Büro des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher erweitert. Er umfasst inzwischen 165 Regalmeter Archivgut und wurde seit 1994 in zahlreichen Teillieferungen an das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der FES abgegeben. Inhaltlich und zeitlich dokumentiert der Nachlass ihr gesamtes politisches Wirken. Dazu gehören Briefe aus ihrer Zeit als Parteisekretärin bei Kurt Schumacher, Material aus ihrer Amtszeit im Deutschen Bundestag und Belege der vielfältigen



Junge ForscherInnen

Promotionsprojekte der FES-StipendiatInnen

Die FES gehört zu den elf großen Begabtenförderwerken, die aus Mitteln des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung NachwuchswissenschaftlerInnen bei ihren Promotionsvorhaben unterstützen. Zu Frauen- und Genderthemen gibt es in den unterschiedlichsten Fachbereichen noch Forschungsdesiderate. Die Vielfalt der in 2008 von der FES unterstützten Promotionsvorhaben spiegelt dies wider. Einige der Projekte stellen wir hier näher vor.



Der ehemalige Stipendiat Dr. Martin Lücke unterrichtet heute als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Friedrich-Meineke-Institut der FU Berlin.

Literaturtipp:

Dr. Martin Lücke:

**Männlichkeit in Unordnung.
Homosexualität und männliche
Prostitution in Kaiserreich und Weimarer
Republik**

(Reihe «Geschichte und Geschlechter» Bd. 58),
Frankfurt (Main): Campus 2008

Ein lichtscheues Treiben

Im Oktober 2008 wurde eine Dissertation von Dr. Martin Lücke mit dem renommierten Hedwig-Hintze-Preis des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands ausgezeichnet. Das ungewöhnliche Thema lautete: „Ein lichtscheues Treiben. Männliche Prostitution in Deutschland im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“. Die Arbeit des ehemaligen Promotionsstipendiaten wurde bereits zu seiner Förderzeit als ausgesprochen originell und ambitioniert wahrgenommen. Für die Jury waren zudem die mustergültige Quellenarbeit und Methodik herauszuhebende Merkmale der Arbeit. Dazu gehörte eine Untersuchung auf drei Ebenen: 1. der sexualwissenschaftliche Diskurs der Zeit, 2. die staatliche Handhabung bzw. Praxis und 3. das „doing gender“, also in diesem Fall auch die Analyse der Variationen von Interaktion in der Homosexuellen-Szene. Zwar erscheint die Arbeit zunächst als Rand- oder Nischenthema. Jedoch, im Gegenteil: Die Aushandlung von Männlichkeiten und von Konzepten sexueller Identität aufzuarbeiten ist ein wesentlicher Beitrag zur Geschlechtergeschichte. Sie macht umfassendere Gesellschaftskonstruktionen in ihrer Historie deutlich, die von sexueller männlicher Macht und ihren durchaus ambivalenten Wirkweisen geprägt waren.

Zwischen Mutter- und Heldenkult

Ein ganz anderes Forschungsvorhaben verfolgt momentan die Promotionsstipendiatin Martina Bitunjac. Seit Juli 2007 forscht sie zum Thema „Zwischen Mutter- und Heldenkult: Frauenbilder im unabhängigen Staat Kroatien“. In ihrer Arbeit stellt Martina Bitunjac heraus, wie sich zwei unterschiedliche Vorstellungen von weiblichen Idealtypen aus dem traditionellen katholischen Patriarchat entwickelt haben – und welche politischen

bzw. militärischen Zwecke damit verknüpft waren. Während in der Ideologie der Ustasche an der Rolle der Frau als Mutter festgehalten wurde, die möglichst viele Soldaten gebären und erziehen sollte, war das Verständnis der Frauenrolle auf Seiten der kommunistischen Volksbefreiungsbewegung moderner. Die gleichberechtigte Mitwirkung der Frauen im Kampf wurde als probates Mittel angesehen. Es war offensichtlich, dass eine politische Aufklärung der nahezu uninformierten und analphabetischen Frauen durch politisch geschulte Genossinnen z.B. durch Mundpropaganda geleistet werden könne. Zudem wurden zu diesem Zweck beispielsweise Broschüren von Frauen für Frauen geschrieben, gedruckt und verteilt, die nun von Martina Bitunjac aufgespürt und untersucht werden. Sie führt auch Gespräche mit Frauen der Ustasche-Bewegung sowie der Volksbefreiungsbewegung und analysiert natürlich Gesetzestexte und Erlasse aus der Zeit. Betreut wird die Arbeit von ProfessorInnen in Berlin, Zagreb und Rom, wo die faschistische Ustasche-Bewegung gegründet wurde.

Gender(doing) in der Kita?

Im Fach Erziehungswissenschaften promoviert derzeit auch Lena Irmeler mit Unterstützung durch ein Promotionsstipendium der FES. Ihr Thema „Gender(doing) in der Kita?“ brennt insbesondere Eltern von kleinen Kindern unter den Nägeln. Ca. 97% der ErzieherInnen sind weiblich. Es ist zu vermuten, dass für Kinder in der Entwicklungsphase der eigenen Geschlechterrollen diese „Übermacht des Weiblichen“ durchaus problematisch sein könnte. Zumal ErzieherInnen – wie auch Erziehende, also Mütter und Väter – unbewusst zur Entwicklung und Verfestigung unreflektierter Geschlechtsrollenmuster beitragen. Lena Irmeler untersucht in ihrer Arbeit die nonverbale Kommu-

nikation und Interaktion zwischen ErzieherInnen und zu Erziehenden anhand von Videomaterial. Ihre Hoffnung ist es, mit den Ergebnissen ihrer Arbeit auch einen Beitrag zur Neukonzeptionierung von Ausbildungen und Studiengängen zu leisten, die neuerdings z.B. Elementarpädagogik, Early Childhood Education oder ähnlich heißen. Insbesondere die Wahrnehmungsschulung soll mithilfe ihrer Studie befördert werden, weshalb die Aus- und Weiterbildung derjenigen, die bereits in der Praxis stehen, besonders von ihr avisiert wird.



Auf einem DoktorandInnenkolloquium der FES-Studienförderung stellt Martina Bitunjac ihr Promotionsprojekt vor.

Von der FES geförderte Promotionsprojekte zu Frauenpolitik und Genderpolitik 2008 (Auswahl)

Amerikanistik

Leila Rahimi Bahmany: The Image of the Modern Woman by Sylvia Plath and Frugh Farrokhzad. A Comparative Study

Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

Hanane El Boussadani: Frauenbewegung und Eherecht im Königreich Marokko. Eine Studie über die Entwicklung des Frauenrechts seit der Unabhängigkeit

Amporn Marddent: Gender Piety of Muslim Women in Thailand

Erziehungswissenschaften

Lena Irmeler: Gender(doing) in der Kita? Wie sehen Interaktionen zwischen Erzieherinnen und Jungen und Mädchen in Kindertagesstätten aus?

Germanistik

Magdalena Gebala: Das Mutterbild in Hermann Hesses Prosawerk zwischen 1900 und 1930

Juliane Sucker: „Und Birken gibt es auch nicht hier“. Politisch-publizistisches Engagement im Exil – Die Journalistin, Schriftstellerin und langjährige Sekretärin des P.E.N.-Zentrums Gabriele Tergit

Geschichte

Martina Bitunjac: Zwischen Mutter- und Heldenkult. Frauenbilder im unabhängigen Staat Kroatien

Yvonne Pulla: Käthe Kollwitz – eine Biographie

Medien

Sigrid Kannengießer: Globalisierung – Medien – Geschlecht. Die Auswirkungen kultureller Globalisierungsprozesse auf mediale Geschlechterkonstrukte und gesellschaftliche Geschlechterhierarchien

Natalia Romanova: Das Frauenbild in den Medien der 80er Jahre. Einfluss der sowjetischen Berichterstattung auf die Frauenpolitik der DDR

Kunstgeschichte

Andrea Stahl: Surrealistische Inszenierungen des Körpers bei Claude Cahun. Parallelübersetzung ihrer Texte ins Deutsche

Politik

Annette Huland: Frauenhandel und Abschiebungspolitik in der EU

Rechtswissenschaft

Hanna Kappstein: Das Verfahren in Scheidungssachen in Deutschland, Frankreich und Österreich

Ning Ni: Ersatz für den immateriellen Schaden nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz

Romanistik

Artur Budnik: Die Wende in der lateinamerikanischen Aids-Literatur der 90er Jahre

Soziologie, Sozialwissenschaften

Alexandra Geisler: Gehandelte Romafrauen – zur Bedeutung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung mit Frauen der ethnischen Romaminderheiten in Mittel- und Osteuropa

Ruth Hasberg: Determinanten der Perzeption von Einkommensungleichheit in Deutschland

Matilde Heredia: Subjektkonstituierung von Frauen, die während der argentinischen Militärdiktatur (1976–1983) in Gefangenschaft gelebt haben

Elena Stirbu: The advantages and disadvantages of circular labour migration from a gendered perspective. The case of Moldova

Peggy Szymenderski: Emotionale Verbindungen und Begrenzungen im Alltag: Wechselwirkungen im Spannungsfeld von Familie und Erwerbsarbeit am Beispiel von Polizistinnen und Polizisten

Theologie

Adrian Tavaszi: Die weibliche Gottesidee des Devimahatmya

Volkswirtschaft

Eva Berger: Der Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit von Müttern, der mütterlichen Gesundheit und der Entwicklung von Kindern – Analyse auf der Basis repräsentativer Microdaten

Angela Greulich: Gleichheit durch Wachstum? Frauenspezifische Aspekte makroökonomischen Wachstums: ökonomische Theorie und empirische Befunde im Ländervergleich

Publikationen der FES zu Frauenpolitik und Genderpolitik 2008 (Auswahl)

- Bedingungsloses Grundeinkommen aus einer geschlechterpolitischen Perspektive / Irene Pimminger. Bonn: Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008. (WISO direkt)
- Business gegen häusliche Gewalt: Zusammenfassung der Tagung vom 23. November 2007 / [Text: Nicola Schuldt-Baumgart].: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2008. ISBN 978-3-89892-912-7
- Es geht ums Ganze, Constanze!: 20. Oktober 2007, Bonn: Dokumentation / [Autorinnen: Gabriele Bischoff; Christine Weinbörner]. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Gesellschaftspolitische Information, 2008. ISBN 978-3-89892-974-5
- Frauen – Männer – Gender: Frauenpolitik & Genderpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung 2007/2008. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008. ISBN 978-3-89892-874-8
- Frauen, Technik, Management: weibliche Führungskräfte in der High-Tech-Branche / [Text: Nicola Schuldt-Baumgart]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft [u.a.], 2008. ISBN 978-3-89892-870-0
- Frauenpolitik & Genderpolitik in der Friedrich-Ebert-Stiftung / Friedrich-Ebert-Stiftung: Jahresbericht. Bonn, [2008 und früher]
- Gender budgeting in the civil society / Christine Färber. Jakarta: FES, [2008].
- Gender in der Pflege: Herausforderungen für die Politik ; Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung / Gertrud M. Backes; Ludwig Amrhein; Martina Wolfinger. Bonn: Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008. ISBN 978-3-89892-942-4
- „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“. Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht / Gisela Notz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Historisches Forschungszentrum, 2008. ISBN 978-3-89892-981-3
- Das Kind am Markt / Barbara Stiegler. Bonn: Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008. ISBN 978-3-89892-899-1
- Klimawandel, Klimaschutz und Gender / Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Entwicklungspolitik. Ulrike Röhr ; Santosh Vas ; Astrid Klug. Webfassung. Bonn, 2008.
- Der Koran neu gelesen: feministische Interpretationen; Dokumentation / Asma Barlas; Nahide Bozkurt; Rabeya Müller. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akad., Interkultureller Dialog, 2008. ISBN 978-3-89892-908-0
- O feminismo é uma prática: reflexões com mulheres jovens do PT / org: Fernanda Papa São Paulo: Fundação Friedrich Ebert, 2008. ISBN 978-85-99138-04-5
- Das Phänomen Sarah Palin: das Ende des Feminismus oder Frauen an die Macht!? / Almut Wieland-Karimi. Washington, DC: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008.

Políticas para as mulheres em Fortaleza: desafios para a igualdade / [Maria Elaene Rodrigues Alves ... (Orgs.). Fortaleza: Coord. Especial de Políticas Públicas para as Mulheres [u.a.], 2008. ISBN 978-85-99138-07-6

Proceedings of the Third Fudan-Forum on Gender and Development / ed. by Letian Zhang ... Friedrich-Ebert-Stiftung. Shanghai: Shanghai Acad. of Social Sciences Press, 2008. ISBN 978-7-80745-388-8

Study on gender mainstreaming in the specific policy contexts of China: political participation, legal status and social security / Yifei Shen. Shanghai: Shanghai Acad. of Social Sciences Press, 2008. ISBN 978-7-80745-388-8

Unternehmen Vereinbarkeit: Perspektiven familienfreundlicher Unternehmenspolitik / [Text: Nina Bessing]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft, 2008. ISBN 978-3-89892-876-2

Women & politics: from the perspective of islamic movements in Jordan / Hasan Abu Hanieh. Amman Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008. ISBN 978-9957-484-08-8

Women and social development / Friedrich-Ebert-Stiftung. Shanghai: Shanghai Acad. of Social Sciences Press

1. Fudan-Forum on Gender and Development 3, 2007, Shanghai: Proceedings of the Third Fudan-Forum on Gender and Development.
2. Shen, Yifei: Study on gender mainstreaming in the specific policy contexts of China. 2008

Women in Islam between oppression and (self-)empowerment = Frauen im Islam zwischen Unterdrückung und Selbstbestimmung = Les femmes dans l'islam entre oppresion et émancipation / [Text: Jeannette Spenlen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie, Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog, 2008. ISBN 978-3-89892-907-3

Women in Zarqa governorate: why should they be involved / Bushra Center for Women Studies and Research. Zarqa: Rozana Printing Press, 2008. Electronic ed.: Amman; Bonn: FES, 2009

Women – men – gender: gender and women's policy in the Friedrich Ebert Stiftung 2007/2008. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2008. ISBN 978-3-89892-874-8

Alle Publikationen als Download in der Digitalen Bibliothek der FES:
<http://library.fes.de/library/fr-digbib.html>

AnsprechpartnerInnen

Koordination

Frauen – Männer – Gender

Albrecht Koschützke
presse@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Tel. ++49 (0)228/ 883-0
Fax ++49 (0)228/ 883-9207

Hiroshimastraße 17
D-10785 Berlin
Tel. ++49 (0)30/ 26935-6

www.fes.de

Politische Bildung

Politische Akademie

Anne Haller
Anne.Haller@fes.de

Gesellschaftspolitische Information

Jochen Reeh-Schall
Jochen.Reeh@fes.de

Dialog Ostdeutschland

Forum Politik und Gesellschaft
Anne Seyfferth
Anne.Seyfferth@fes.de

Internationale Arbeit

Internationaler Dialog

Alina Fuchs
Alina.Fuchs@fes.de

Internationale Entwicklungs- zusammenarbeit

Astrid Ritter-Weil
Astrid.Ritter@fes.de

Afrika

Michèle Auga
Michele.Auga@fes.de

Asien

Konstantin Bärwaldt
Konstantin.Baerwaldt@fes.de

Lateinamerika

Hilmar Ruminski
Hilmar.Ruminski@fes.de

Naher und Mittlerer Osten,

Nordafrika

Ingrid Ross
Ingrid.Ross@fes.de

Forschung und Wissenschaft

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Barbara Stiegler
Barbara.Stiegler@fes.de

Studienförderung

Katrin Dapp
Katrin.Dapp@fes.de

Historisches

Forschungszentrum

Sozial- und Zeitgeschichte
und Karl-Marx-Haus

Dr. Anja Kruke
Anja.Kruke@fes.de
Archiv der sozialen Demokratie
Gabriele Lutterbeck
Gabriele.Lutterbeck@fes.de

Bibliothek

Regine Schoch
Regine.Schoch@fes.de

Stand: April 2009



Die „Alpha-Mädchen“ wollen Kar...
VON SABINE HAAR

Der alte Feminismus ist tot. So wollen es heute viele Teile des deutschen Feuilleton. Die Zeit der Männerhassserinnen, die letzten seien und sich in ihrer Opferrolle eingerichtet hätten, sind dabei zu wachsen. Nicht selten beobachten die Tenor. Wohlwollend hingegen die feindliche und homophobe die Entstellungen. Journalisten hingegen die eine Reihe jüngerer deutscher Autorinnen zurechnen: Jana Hensel und Elisabeth Raether („Neue deutsche Mädchen“), Barbara Streidl („Wir Alphamädchen“), Charlotte Roche („Feuchtgebiete“) oder Thea Dorn („Die neue F-Klasse“).

Diese neue „F-Klasse“ ist darum bemüht, sich vom Image der „Emmas“ und deren angeblichem Selbstmitleid abzugrenzen. Der „neue Feminismus“ abzu- stark, karriere- wie lustorientiert, bereit, den Beweis zu erbringen, dass sich jede Frau mit Energie, Disziplin, Selbstbewusstsein und Mut in einer Gesellschaft wie der unseren durchsetzen kann. In dieser Thea Dorn formuliert hat. In dieser Unter- schied zum „alten Feminismus“. Die F-Klässlerinnen wollen nicht über Benachteiligungsstrukturen nachdenken. Sie ver- stehen ihren Erfolg allein als Ausweise ihrer persönlichen Leistung und ihrer Über- rerpersönlichen Überlegenheit im täglichen Überlebenskampf, nicht als Effekt gesellschaft- licher Bedingung. Damit wird der Feminismus“ anschlussfähig an neo- rale und patriarchale Diskurse.

Nun ist der Versuch, den Feminismus selbst, Tradition hat es auch für tot zu erklären, so alt wie der der feministischen Bewegung werfen, wie es in der jetzigen Feuilletonisten und F-Kläss- chen. Mit deren Kritik am „Femi- mus“ wird ein „neuer Feminismus“ nicht entstehen. Es wird mehr um einen Spartenf- Gerechtigkeit ist dan- selschaftliche Frage- nur den Zugang einig- ten. Damit hat dies- genwart fast nicht- Allerdings ist über einen ne- denken. Sein Freiheit, sei Frauenbewe- Hälfte des Das V Selbstbe- mals w- nen v- tisch- hist- sin- to